Erscheint Mittwochs. Redaktions-Schluß: Sonntag + Vierteljahres-Abonnement 1,50 Reichsmark + Für Nichtmitglieder nur Postbezug + Anzeigenpreis: die einspaltige Nonpareillezeile (Nichtberufliche ausgeschlossen) 0,40 Reichsmark + Stellenvermittlungs-Anzeigen die Hälfte.

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher

zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher; Sitz Hamburg 6

Verantwortl. Redakteur: Otto Trefflich, Nürnberg. + Fernsprecher: Nr. 24 403 Anzeigen-Annahme u. Redaktion: Nürnberg 4 (Postfach) + Versandstelle: Ellenweinstraße 1,I Einzelnummer 15 Rpf. Zahlungen: für Inserate usw.: Postscheckkonto Nürnb. 23089 Exped. „Der Schuhmacher" Nürnberg.

Nummer 26 | Nürnberg, den 20. Juni 1929 | 43 Jahrgang

Die Weltagrarkrise

Die Agrarkrise, unter welcher die deutsche Landwirtschaft derzeit so außerordentlich leidet, ist keineswegs auf Deutschland beschränkt, sondern eine seit Jahren andauernde Welttatsache. Im laufenden Jahre wurde sie außerordentlich verschärft durch den günstigen Ausfall der Weltweizenernte, die zu einem derartigen Sturz der Weizenpreise führte, daß dem Landwirt der viel höhere Ernteertrag viel niedrigere Erlöse bringt als eine schlechte Ernte, weil der Verbrauch an Weizen mit der Steigerung der Erntemengen nicht Schritt halten kann. Für die allgemeine Krise in der Landwirtschaft in fast allen Ländern sind jedoch, abgesehen von dem zufälligen Ausfall der gegenwärtigen Weltweizenernte, eine *ganze Anzahl* von Ursachen verantwortlich, die in den einzelnen Ländern zwar recht verschieden sind, zumeist aber gemeinsame Wurzeln haben.

Zunächst die als „*Agrarschere*" bekannte Erscheinung: die Tatsache, daß die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte im Vergleich zu den Preisen für Industrieartikel überall niedrig sind. Der Landwirt kann sich für eine bestimmte Menge landwirtschaftlicher Produkte heute viel weniger Industriewaren beschaffen, als vor dem Krieg. Die Agrarschere ist in den meisten Ländern, wie in den Vereinigten Staaten, in Deutschland, Frankreich, Italien weit geöffnet, in Rußland, wo sonst die Schere gewöhnlich weit offen steht, ist sie zur Zeit nur vorübergehend, infolge ungünstiger Ernte in zwei Hauptgebieten, geschlossen.

Ein weiteres Uebel ist die viel *geringere Ertragsfähigkeit* der landwirtschaftlichen Produktion gegenüber der Industrieerzeugung. Der technische Fortschritt wirkt sich in der Industrie viel rascher und in viel größerem Umfange aus als in der Landwirtschaft, und auch der *Bildungsgrad* und die *Fachkenntnisse* sind in den meisten Ländern in der Landwirtschaft viel geringer, als in der Industrie. Die *Kapitalausrüstung*, eine notwendige Voraussetzung der Ergiebigkeit der Produktion, ist in der Landwirtschaft viel mehr zurückgeblieben, als in der Industrie, zumal die vorhandenen, bzw. neu gebildeten Kapitalien überwiegend in die Industrie strömen und die Landwirtschaft meiden.

Nun stehen die beiden Erscheinungen, die Agrarschere auf der einen, die größere Produktivität der Industrie auf der anderen Seite, eigentlich im Widerspruch miteinander: wenn die Produktivität in der Industrie größer ist, so müßten dort die Preise eigentlich niedriger sein als in der Landwirtschaft. Neben den hohen Industriezöllen und den Industriekartellen, welche die Industrieprodukte künstlich verteuern, sind aber eine ganze Anzahl von Gründen dafür verantwortlich, daß die Schere trotz geringerer Ergiebigkeit der landwirtschaftlichen Produktion zuungunsten der Landwirtschaft vorhanden ist. Zunächst die falsche Verteilung der Produktion auf die einzelnen Zweige der Landwirtschaft sowohl in der ganzen Welt wie auch innerhalb der einzelnen Länder. Eine gleichmäßigere, dem *Bedarf* besser angepaßte Verteilung der landwirtschaftlichen Produktion auf die einzelnen Produkte, wie Getreide-, Fleisch-, Molkerei-Produkte, Handelspflanzen usw., vermöchte einen großen Teil der Uebel zu beseitigen. So ist z. B. der gegenwärtige Weizenüberfluß nicht allein auf die Gunst der Natur zurückzuführen, sondern auch darauf, daß die Weizenanbauflächen auf Kosten anderer Produkte übermäßig erweitert wurden. Sobald die Preise für einzelne landwirtschaftliche Produkte unter natürlichen oder künstlichen Einflüssen steigen, wird die Anbaufläche übermäßig ausgedehnt, was dann in den folgenden Jahren zu einer *Ueberproduktion* mit Preissturz führt.

Für die ungleichmäßige Entwicklung der Produktion sind außerdem noch in den einzelnen Ländern *politische* wie außerwirtschaftliche Ursachen verantwortlich. Länder, in denen der *Großgrundbesitz* vorherrscht, wie z. B. Argentinien, Ungarn erzeugen allzuviel Getreide und vernachlässigen die anderen Zweige der Landwirtschaft, weil der Großgrundbesitz bei extensiver Wirtschaft sich überwiegend für Getreideproduktion eignet. In anderen Ländern, wo der Großgrundbesitz aufgeteilt wurde, wie nach dem Kriege in den meisten osteuropäischen und baltischen Ländern, ist aber der Bauer nicht in der Lage, durch Erzeugung von Veredlungsprodukten (Butter, Käse, Geflügel, Gemüse usw.) ein Gegengewicht gegen die übergroße Getreideproduktion zu schaffen, weil ihm dazu die Mittel fehlen. In diesen Ländern hat man wohl den Großgrundbesitz zerschlagen, es wurde aber versäumt, die Bauern mit Produktionsmitteln und *Betriebskapital* zu versorgen. Das Finanzkapital hat nämlich für diese Zwecke kein Geld übrig, die vorhandenen Kapitalien werden in Kanäle geleitet, wo sie rasche Sondergewinne erzielen können, was bei Anlage in der Landwirtschaft schon infolge des langsamen Kapitalumschlags in der landwirtschaftlichen Produktion nicht so leicht zu erreichen ist.

Die *Verschuldung* der Landwirtschaft, die außerordentlich hohen Zinsen sind in vielen Ländern wichtige Gründe für ihre mangelnde Rentabilität. Die Gründe für diese Verschuldung sind mannigfach, wie z. B. Fehlleitung von Kapitalien, Verschwendung, Luxuskonsum (deutscher Großgrundbesitz), hohe Kaufpreise während der Inflationszeit mit nachfolgender Preissenkung (Deflation) in den Vereinigten Staaten, Frankreich und Italien.

Die *Landflucht*, d. h. das Abströmen der landwirtschaftlichen Bevölkerung in die städtische Industrie ist zwar vorwiegend eine Folge der hier geschilderten Verhältnisse in der Landwirtschaft, vermehrt aber deren Schwierigkeiten noch sehr erheblich. Die Entvölkerung des Dorfes führt z. B. in Frankreich zur Aufgabe umfangreicher Bodenflächen durch die Landwirte und dadurch zu einer folgenschweren *Kapitalvernichtung*. In den Vereinigten Staaten verteuert sie aber durch eine starke Lohnerhöhung bei den Landwirten die Produktionskosten. Sonst aber sind die Löhne und die Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter in den meisten Ländern außerordentlich niedrig, was ebenfalls die landwirtschaftliche Produktion sehr ungünstig beeinflußt und eine Hauptursache für die Abwanderung der Landarbeiter in die Städte bildet.

Auch die Hindernisse der internationalen *Wanderungen* tragen zur Steigerung der Schwierigkeiten bei. So ist z. B. das italienische Dorf angesichts der dort herrschenden Verhältnisse übervölkert. Der Diktator Mussolini verbietet aber mit bevölkerungspolitisch-imperialistischer Begründung das Verlassen der Scholle. Als Gegenbeispiel werden die Schwierigkeiten in der amerikanischen Landwirtschaft infolge der dortigen Einwanderungsverbote erheblich vermehrt. Eines der Hauptübel, das für die ungünstige Lage der Landwirtschaft verantwortlich ist, ist aber der *Mangel an Absatzorganisationen*, die dem Landwirt einen auskömmlichen Preis sichern könnten, ohne die letzten Verbraucher auszubeuten. Heute schiebt sich ein wucherischer *Zwischenhandel* zwischen Produzenten und Verbraucher ein: der Produzent wird gewöhnlich unter Preisdruck gesetzt, während der Verbraucher Wucherpreise zahlt, und der Gewinn beim Zwischenhandel bleibt.

So wird z. B. die riesige Weizenernte Argentiniens, des größten Weizenausfuhrlandes der Welt, von zwei Getreidefirmen zu äußerst gedrückten Preisen aufgekauft und auf den Weltmarkt gebracht. Wo Absatzorganisationen der Landwirte vorhanden sind, wie z. B. in Kanada, das seinen Weizen überwiegend durch die Großgenossenschaften verwerten läßt, haben diese keine Kontrolle über den Produktionsumfang, was zur Folge hat, daß gerade durch die preisstützende Tätigkeit der Genossenschaften die Anbaufläche an Weizen so übermäßig erweitert wird, daß im nächsten Jahre ein Preissturz unvermeidlich ist.

Als letzter, aber in seiner Wichtigkeit entscheidender Grund für die Weltagrarkrise sei hier die geringe *Kaufkraft* der Verbraucher für die landwirtschaftlichen Produkte erwähnt. Im kapitalistischen Wirtschaftssystem sind die Einkommen derart ungleichmäßig verteilt, daß der arbeitenden Bevölkerung die Mittel für die Erweiterung ihres Verbrauches fehlen. Die außerordentlich großen Schwankungen in den Preisen landwirtschaftlicher Produkte sind für die Landwirtschaft das größte Uebel, weil sie eine geregelte Wirtschaftsführung verhindern. Die Preisschwankungen aber sind die Folgen sowohl der sich stets ändernden Kaufkraft der Verbraucher wie auch der mangelnden Absatzorganisation.

Die Aufzählung der Gründe für die landwirtschaftliche Krise gibt auch wichtige Hinweise für die *Behebung* solcher Krisen. Allerdings gibt es nur wenige Heilmittel, die für alle Länder anwendbar sind. Eine umfassende Lösung der Agrarfrage erfordert jedoch eine weitgehende *internationale Zusammenarbeit*, für welche die Vorbedingungen heute noch fehlen. Die mannigfaltigen Ursachen der Agrarkrise machen es jedem klar, wie töricht es ist, als sicher wirkendes Mittel für die Behebung der Agrarkrise die Einführung von Agrarzöllen oder die Erhöhung der bestehenden Agrarzölle zu empfehlen. Die meisten der in vorstehender Uebersicht angeführten Uebel würden bei erhöhten Zöllen nicht verschwinden, würden sogar dadurch noch verschärft werden. Wie können denn Agrarzölle die Hauptübel: Mangel an Ausbildung und Rationalisierung (Standardisierung, Typisierung), ungesundes Größenverhältnis der einzelnen landwirtschaftlichen Produktionen zueinander, Preisschwankungen, Mangel an Absatzorganisationen, geringe Kaufkraft der Verbraucher usw. — beheben? Die Lösung des Agrarproblems muß von verschiedenen Seiten in Angriff genommen werden. Eine Hilfe ist wohl möglich, doch darf sie nicht dort gesucht werden, wo ihr Einsatz am ungeeignetsten ist.

A. S.

Zur Frage der Abschreibungen

Die Unternehmer müssen in die Preise ihrer Waren die Rücklagen für den Ersatz der verbrauchten Anlagen einkalkulieren, damit ihr Produktionsapparat erhalten bleibe. Dieser Teil der Erlöse muß dann zurückgestellt werden, erscheint in der Bilanz der Unternehmungen als eine Abschreibungsreserve. Nun hat die Frage der Abschreibungen in den letzten Jahren eine sehr gesteigerte Bedeutung gewonnen.

Die Angemessenheit der Preise läßt sich nur dann beurteilen, wenn man sich über die Höhe der notwendigen Abschreibungen im klaren ist. Wird zu wenig abgeschrieben, so kann dies zu billigen Preisen führen, die, kapitalistisch gesehen, unwirtschaftlich und, während bei zu hohen Abschreibungen höhere Preise gefordert werden, als es die wirklichen Produktionskosten und die angemessene Verzinsung des Kapitals erfordern würden. Bei zu niedrigen Abschreibungen vermögen die Aktionäre eine größere, bei zu hohen eine geringere Dividende zu erhalten, als es der Rentabilität der Unternehmungen entspricht. Auch die Lohnfrage ist mit dem Abschreibungsproblem eng verknüpft: wie hoch die Löhne steigen dürfen, hängt zum Teil von der Richtigkeit der Abschreibungssätze ab, wenn auch die Zusammenhänge sehr verwickelt sind; man kann z. B. trotz allzu hoher Abschreibungen hohe Löhne zahlen; wenn man sie in die Preise einzukalkulieren oder aber die erhöhten Lohnkosten durch Rationalisierung wieder einzubringen vermag.

Die Frage der Kapitalbildung ist ebenfalls von den Abschreibungen stark abhängig: wird mehr als nötig abgeschrieben, so erscheint der Ueberschuß als Kapitalbildung bei den Unternehmungen. Diese zur Zeit vorherrschende Gepflogenheit hat volkswirtschaftlich günstige wie nachteilige Folgen: sie ermöglicht den Unternehmern die Erweiterung der Produktion aus eigenen Mitteln — Selbstfinanzierung! —, verleitet aber häufig zu Fehlinvestitionen, die bei einer Kapitalbildung an anderen Stellen (Ersparnisse der Arbeiter, Angestellten, Beamten usw.) zu vermeiden wären

Im gegenwärtigen Zeitalter der gebundenen Wirtschaft, wo die Preise von Kartellen bestimmt werden, wo der Staat auf einigen Gebieten (Kohle, Kali) auf die Preise, durch das Schlichtungswesen auf die Löhne, durch Steuergesetze, Sozialversicherung usw. auf die Richtung der Kapitalbildung einen nachhaltigen Einfluß ausübt, muß die Abschreibungsfrage eine ganz andere Bedeutung haben, als in einer freien, weder von Kartellen noch vom Staat vielfach gebundenen Wirtschaft. Hinzu kommt das Problem der Rationalisierung, das in einem früher nicht bekannten Tempo fortschreitet und für die Abschreibungen wichtige Fragen stellt. Es ist kein Zufall, daß sowohl das *Schmalenbach-Gutachten* für den Ruhrkohlenbergbau wie das Urteil des *Reichsbahngerichts* gerade die Abschreibungsfrage in den Mittelpunkt ihrer Erwägungen stellten.

Wie aber kann man den — kalkulatorisch wie bilanzmäßig — richtigen Abschreibungssatz finden? Hier beginnen die schwierigsten, zum Teil unlösbaren Fragen, um welche sich die volks- wie betriebswirtschaftlichen Wissenschaften bemühen. Nur andeutungsweise sollen hier einige Fragen erwähnt werden. In der *Bilanz* erscheint auf der Aktivseite der *Anlagewert* (Buchwert). Der Buchwert war bei der Umstellung auf Goldbilanzen gewöhnlich falsch eingesetzt, zumeist zu niedrig. Werden Anlagen nicht ausgenutzt, so ist wieder der Anlage-Buchwert zu hoch. Ein zu niedriger Buchwert kann aber — zumindest theoretisch — allzu *geringe*, ein zu hoher Buchwert allzu hohe Abschreibungen zur Folge haben. Nun kann aber an Stelle des ursprünglichen Buchwerts jährlich vom „Zeitwert", d. h. dem Wert der Anlagen am Bilanzstichtag abgeschrieben werden. Auch kann der wirkliche *Betriebswert*, berechnet durch die Kapitalisierung der Erträge des Unternehmens als Grundlage für die Abschreibungen dienen. So sehen wir, daß bereits der Ausgangspunkt für die Abschreibung, der *Anlagewert*, höchst *umstritten* ist.

Die größten Schwierigkeiten verursacht bei der Beurteilung der Abschreibungshöhe die Berücksichtigung der Rationalisierung. Je nachdem, wie man die Lebensdauer der Anlagen einschätzt, wird der Abschreibungssatz höher oder niedriger sein müssen. Bei einer zehnjährigen Dauer muß z. B. jährlich 10 Prozent, bei einer fünfjährigen aber 20 Prozent der Anlagewerte abgeschrieben werden. Die Dauer der Anlagen hängt aber nicht allein von deren rein technischer Brauchbarkeit, sondern auch von dem ab, was Marx als „*moralischen Verschleiß*" der *Anlagen* bezeichnete: infolge der *Fortschritte der Rationalisierung* können technisch leistungsfähige Anlagen von noch leistungsfähigeren überholt werden. Technisch auf der Höhe stehende Maschinen können dann unter Umständen zum alten Eisen werden. Zweifellos muß man einer solchen Möglichkeit in bestimmten Grenzen Rechnung tragen. Soll dies aber nun bedeuten, daß mit dieser Begründung in die Preise übermäßig hohe Abschreibungssätze einkalkuliert werden oder daß die Lohnentwicklung gedrosselt werde? Mit vollem Recht betont Dr. Alfred Braunthal in einem aufschlußreichen Aufsatz in der Zeitschrift „Die Arbeit" über die Abschreibungsfrage, daß es nicht angeht, jede *Möglichkeit zukünftiger* Rationalisierungsfortschritte in den Abschreibungen vorwegzunehmen, weil man damit der schrankenlosesten Willkür Tür und Tor öffnen und ins Uferlose geraten würde.

Eine andere Schwierigkeit ist es, daß der Ersatz der verbrauchten Anlagen infolge des technischen Fortschritts auf eine Weise erfolgt, daß die neuen Anlagen moderner und leistungsfähiger, dafür aber auch kostspieliger sind. Sollten nun diese kostspieligen Anlagen ganz oder zum großen Teil aus Abschreibungen gedeckt werden, obwohl sie einen viel größeren Ertrag abwerfen als die früheren Anlagen oder aber soll der Wert- und Ertragszuwachs aus den neuen Anlagen durch Kapitalbeschaffung auf dem Kreditwege berücksichtigt werden?

Eine weitere Frage: Sollen die Abschreibungen so hoch sein, daß sie auch eine Reserve für den Fall in sich schließen, daß die Rentabilität des Unternehmens aus irgendwelchem Grunde nicht auf der alten Höhe bleiben wird? Bei allen diesen Fragen muß ein Weg gefunden werden, der eine volkswirtschaftlich unerwünschte Uebertreibung der Abschreibungen zu verhindern vermag.

Wenn man sich also auf den Standpunkt stellt, daß übermäßige Abschreibungen volkswirtschaftlich unerwünscht seien, weil sie den Massenverbrauch unnötig drosseln und zu Fehlinvestitionen verleiten, so entsteht weiter die Frage, wie sie verhindert werden können. Die Höhe der Selbstfinanzierung hängt im wesentlichen von den Preisen ab, zu welchen die Unternehmer ihre Waren losschlagen und von den Löhnen, die sie verausgaben. Deshalb gibt es unseres Erachtens keine andere Möglichkeit, als daß man bei den Unternehmungen die Voraussetzungen für übermäßige Abschreibungen bekämpft, d. h. die Gewinne nicht so hoch anschwellen läßt, daß daraus übermäßige Abschreibungen vorgenommen werden können. Die Uebertreibungen der Selbstfinanzierung können nur verhindert werden einmal durch eine Preiskontrolle der monopolistischen Unternehmungen, zum andern aber durch die Befolgung einer Lohnpolitik seitens der staatlichen Schlichtungsorgane, die sich von ungerechtfertigten Abschreibungsansprüchen nicht einschüchtern läßt.

Vor allen Dingen wäre es aber notwendig, daß die Oeffentlichkeit *von der Höhe der echten Abschreibungen, die für den Ersatz der verbrauchten Anlagen wie der Reserven*, die für die Ausdehnung und Rationalisierung der Anlagen dienen, ein richtiges Bild erhielte. Aus den Bilanzen der Unternehmungen *kann man von diesen Dingen nur äußerst wenig erfahren*. Denn die Beiträge für Ersatz, Erweiterung und Rationalisierung der Anlagen werden zwar in die Preise einkalkuliert, ohne daß sie jedoch in den Bilanzen sichtbar würden.

Ein Teil dieser in die Preise einkalkulierten Summen wird auf der Passivseite der Bilanz als Abschreibung ausgewiesen, der andere und in der Regel weit beträchtlichere Teil wird in verschiedenen Bilanzposten versteckt. Am geläufigsten ist die Verbuchung der Kosten für die neuen Anlagen auf *Unkostenkonto*, was in Wirklichkeit bedeutet, daß ein Teil der alten Anlagen in dem betreffenden Jahr zu hundert Prozent abgeschrieben wird. Durch dieses Verfahren werden, wie Braunthal mit Recht betont, die tatsächlichen Geschäftsvorgänge im Unternehmen verschleiert! Deshalb ist die erste Forderung hier, sich *Klarheit über die Höhe jener Reserven* zu verschaffen. Richtig ist daher die Forderung Braunthals, daß die Kostendifferenz, die durch die Einstellung leistungsfähigerer Anlagen entstand von einem besonderen Kapitalkonto getragen werden muß, damit eine klare Scheidung zwischen Kosten und Gewinnen ermöglicht werde.

Zum Schluß dieser — notwendigerweise flüchtigen — Betrachtungen über die Abschreibungsfrage möchten wir nicht versäumen, eines wichtigen Abschreibungspostens Erwähnung zu tun: wir meinen den *Verschleiß an menschlicher Arbeitskraft*, die gerade so erneuert und ersetzt werden muß wie der Verschleiß an totem Material. Diesem Bedürfnis tragen die verschiedenen Zweige der *Sozialversicherung* Rechnung. Die Ausgaben der Unternehmungen für Sozialversicherung sind nichts anderes als *Abschreibungen für verbrauchte Arbeitskraft*. Während aber die Unternehmer für das tote Material unter den verschiedensten Verkleidungen gewaltige Abschreibungen machen und darauf drängen, diese Abschreibungen noch zu erhöhen, können sie sich nicht genug tun mit ihren Klagen wegen der Höhe der „Soziallasten", d. h. der allzu hohen Abschreibungssätze für die Arbeitskraft. Da sie hoffen, aus dem auf

dem Arbeitsmarkt stets erscheinenden großen Menschenmaterial die nötigen unverbrauchten Arbeitskräfte immer neu und kostenfrei zu erhalten, erscheinen ihnen die Abschreibungsopfer auf den Verschleiß der Arbeitskraft zu hoch. Und doch sind, vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus gesehen, gerade jene Abschreibungen auf die Arbeitskraft von ungleich größerer Wichtigkeit, als die Abschreibungen auf das tote Material, — von allgemein menschlichen und sozialen Rücksichten gar nicht zu reden. A. H.

Zur Reichs- und Verwaltungsreform

Stellungnahme des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes nahm in seiner vor kurzem stattgefundenen Tagung folgende Entschließung an:

Die im Reich und in den Ländern erörterten Pläne zur Reichs- und Verwaltungsreform machen es der Beamtenschaft zur Pflicht, zu dieser Frage öffentlich Stellung zu nehmen. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund tut das in der Erkenntnis, daß mit der Lösung dieser Aufgabe nicht nur die Entscheidung über die staatspolitische Gestaltung Deutschlands, sondern auch das Schicksal der Beamtenschaft verknüpft ist.

Gegenüber der sich durchkreuzenden Vielfältigkeit der zur Erörterung gestellten Vorschläge stellt der Allgemeine Deutsche Beamtenbund unter Bezugnahme auf die Beschlüsse seines zweiten Bundeskongresses die Forderung auf, daß die Reichs- und Verwaltungsreform in ihrer obersten Zielsetzung abgestellt wird auf eine Gesamtlösung, deren Inhalt den Einheitsstaat mit einem Unterbau lebenskräftiger Selbstverwaltungskörper in der unteren und mittleren Instanz zu bilden hat. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund verkennt aber nicht, daß angesichts der Größe und Schwere dieser Aufgabe und der hemmenden Gegenwirkung konservativer Kräfte die an sich wünschenswerte Durchführung der Gesamtreform im Zuge eines einzigen und einheitlichen Gesetzgebungsaktes zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg bietet. Es bleibt daher nur übrig, das erstrebte Ziel schrittweise durch eine Reihe von Einzelmaßnahmen zu erreichen, die in Anknüpfung an die bestehenden Verhältnisse Reich, Länder und Gemeinden sowie die übrigen eingegliederten öffentlichen Körperschaften einem planmäßigen Umbildungsprozesse unterwerfen. Richtunggebendes Prinzip für diese Umbildung ist die folgerichtige Durchführung des demokratischen Verfassungsgedankens, der bisher nur in der Gesetzgebung, nicht aber in der Exekutive zur Verwirklichung gelangt ist. Aufbauende Elemente der Verwaltungsdemokratie für alle öffentlichen Körperschaften sind die kommunale und soziale Selbstverwaltung und ein von freiheitlichem Geist erfülltes Volksbeamtentum.

Hand in Hand mit der Vereinheitlichung des Reiches und der Durchführung der Verwaltungsdemokratie muß eine Rationalisierung der Verwaltung gehen, die an die Stelle der zahllosen Sonderverwaltungen und der dadurch eingetretenen Unklarheit, Unübersichtlichkeit und Unsicherheit in der Zuständigkeitsverteilung eine auf demokratische Selbstverwaltung gegründete allgemeine innere Verwaltung setzt.

In diesem Sinne hält der Allgemeine Deutsche Beamtenbund folgende Maßnahmen für möglich und unerläßlich:

1. Zur Reichsreform:

a) Uebertragung des gesamten Justizwesens einschließlich der Verwaltungsgerichtsbarkeit auf das Reich.

b) Aenderung des Zuständigkeitskatalogs der Artikel 6 bis 12 RV. im Sinne der Zusammenfassung der Gesetzgebungskompetenz im Reich. Länderautonomie nur in der Ausführung der von der Reichsgesetzgebung aufgestellten Grundsätze. Inventarisierung des geltenden Rechts.

c) Demokratische Organisation der allgemeinen Verwaltung, insbesondere

- Reichsgesetzliche Regelung des Verhältnisses von reichseigener, landeseigener und kommunaler Verwaltung. Reichsgesetzliche Regelung des Aufbaus und der Gliederung der Länderverwaltung,
- Erlaß einer Reichsgemeinde- und Reichskreisordnung,
- Erlaß eines Reichspolizeigesetzes,
- Reichsgesetzliche Regelung des allgemeinen Verwaltungsrechts, des Verwaltungsverfahrens einschl. des Verwaltungszwangsverfahrens und der Verwaltungsgerichtsbarkeit,
- Einheitliche Reichsgesetzgebung für alle Fachgebiete des materiellen Verwaltungsrechts, z. B. des Wirtschaftsrechts, des Bau- und Wegerechts, des Gesundheitswesens, des Landessteuerrechts und des kommunalen Abgabewesens.

d) Schaffung eines einheitlichen Beamtenrechts.

2. Zur Verwaltungsreform der Länder:

a) Eingliederung der von Preußen umschlossenen Kleinstaaten in Preußen ohne Rücksicht auf den Stand der Reichsreform.

b) Beseitigung der staatlichen und provinziellen Exklaven und Enklaven.

c) Neueinteilung der Verwaltungs- und Gerichtsbezirke nach den Bedürfnissen des modernen Wirtschaftslebens.

3. Beamtenrechtliche Voraussetzungen:

Bei Durchführung der Verwaltungsreform wird die Uebernahme von Beamten aus dem Dienst einer öffentlichen Körperschaft in den einer anderen in großem Umfange notwendig werden. Hierbei darf das bisherige Verfahren, die Uebernahme von Fall zu Fall zu regeln, nicht beibehalten werden. Vielmehr ist die Uebernahme durch ein grundsätzliches Reichsübernahmegesetz zu regeln, das den besonderen, aus der Umgliederung sich ergebenden Verhältnissen Rechnung trägt. Ein einheitliches Beamtenreichsgesetz würde die Uebernahme wesentlich erleichtern, da damit die Schwierigkeiten fortfallen, die sich aus der Rechtsverschiedenheit ergeben.

Hat der Unternehmer noch eine Funktion?

Von J. Hannak.

Wie stark und heftig die Krise des Kapitalismus trotz seiner „Stabilisierung" fortbesteht, das bezeugen auch die Kritiken und Bedenken seiner eigenen wissenschaftlichen Sachwalter, der Theoretiker und Professoren. Werner Sombarts müder Pessimismus ist ja gerade in der jüngsten Zeit auch bei seinen Wiener Vorträgen vernommen worden. Munterer und zuversichtlicher im Ton, aber in der Sache selbst nicht weniger skeptisch fällt die Betrachtung aus, die Josef Schumpeter dem Kernpunkt der kapitalistischen Macht, der Stellung des Unternehmers im Wandel der ökonomischen Entwicklung gewidmet hat. Schumpeter veröffentlicht seine Untersuchung in dem auch sonst sehr interessanten großen Sammelwerk „Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft" (zwei Bände, Verlag Reimar Hobbing, Berlin 1928) und nennt sie: „Der Unternehmer in der Volkswirtschaft von heute."

Schumpeter geht davon aus, zunächst einmal festzustellen, welches denn die eigentliche Funktion des Unternehmers ist, das heißt, woher sich der Anspruch des Unternehmers auf den Unternehmergewinn überhaupt herleitet. Der Unternehmer hat in der Konkurrenzwirtschaft, das ist jener Epoche des Kapitalismus, die der durchorganisierten und vertrusteten Wirtschaft der Zukunft vorausgeht, die mannigfaltigsten Aufgaben: er stellt das Kapital bei und bekommt dafür den Kapitalzins. Er leistet die Verwaltungsarbeiten im Büro, als da sind die Erledigung der Post, das Verhandeln mit Kunden, Lieferanten, Behörden, das Herumschimpfen mit dem Personal und ähnliche schöne Dinge: er entfaltet also eine Art Beamtentätigkeit und dafür bekommt er den Lohn eines höheren Angestellten. Er hat besonders in der kapitalistischen Frühzeit, solange die Konkurrenz nicht zu groß ist, hie und da eine Monopolstellung, die ihm Gewinn einträgt. Er hat ein gewisses Risiko, wofür er sich eine Risikoprämie verrechnet. Und er hat schließlich Gelegenheitsgewinne aus Spekulationen, Zufällen und unverdientem Wertzuwachs.

Das alles bedeutet aber nach Schumpeter noch immer nicht die eigentliche Unternehmerfunktion und den eigentlichen Unternehmergewinn, das alles bildet noch nicht den Urgrund der überragenden Machtstellung des Unternehmers im Betrieb und kann vom Unternehmer an andere Organe des Betriebes übergehen, ohne daß die spezifische Unternehmerfunktion darunter leidet. Sondern diese entscheidende spezifische Funktion des Unternehmers, die, die ihn erst zum Unternehmer macht, das ist seine Initiative im Gestalten des technischen und kommerziellen Produktionsapparates, das ist, wie es Sombart nennt, die Spannung zwischen den rationalistischen (berechenbaren) Elementen der Wirtschaft und den irrationalistischen Elementen, dem kühnen Wagemut, dem Unternehmergeist. Der Vorsprung, den der wagemutige, neuerungsfrohe, einfallsreichere, ideenvolle Unternehmer vor der übrigen Konkurrenz gewinnt, das und das allein, sagt Schumpeter, sei Sinn und Wesen des Unternehmerdaseins, und das allein sei Quelle und Recht des eigentlichen Unternehmergewinnes.

Schumpeter gibt also zunächst einmal zu, daß alle übrigen Bestandteile des Unternehmereinkommens nicht der spezifischen Arbeit des Unternehmers entstammen. Damit sucht Schumpeter alle diese Einkommensteile zu retten, aber zugleich damit stellt er den ganzen Daseinsgrund des Unternehmers nur noch auf eine einzige schmale Brücke. Alle anderen Brücken hat er hinter sich abgebrochen und wenn auch diese einstürzt, geht die ganze Gloriole der Unternehmergöttlichkeit zum Teufel.

Und Schumpeter selbst sprengt diese letzte Brücke in die Luft! Denn im zweiten Teil seiner Untersuchung zeigt er nun, was von der „Unternehmerinitiative" in der vertrusteten Wirtschaft, in deren Anfängen wir heute stehen, noch übriggeblieben ist und in weiterer Entwicklung übrigbleiben wird. Die Antwort Schumpeters lautet überwältigend klar und einfach: nichts, gar nichts bleibt in der zukünftigen, vollständig durchorganisierten Wirtschaft von der Unternehmerfunktion übrig! Des Unternehmers „Initiative", sein „Wille" wird immer mehr ersetzt durch eine „Mechanisierung und Bürokratisierung der Willensbildung". Früher hing alles vom „richtigen Blick" des Unternehmers ab, heute wird ihm die Entscheidung förmlich „dargeboten", wie einem modernen Feldherrn, der nicht mehr napoleonischen Spielraum für Blick und Willenskraft hat, sondern im wesentlichen nur ratifizieren kann, was ihm ein ungeheurer Apparat von Spezialarbeitern vorlegt. „Ergreifen der technischen Erfindung war eine Hauptaufgabe des Unternehmers von ehemals. Heute wird ihm die technischen Neuerung, durchgerechnet bis in Einzelheiten, von seinen Ingenieuren aufgedrängt."

Ebenso verhält es sich mit dem Kommerziellen. Berechenbarkeit überall, nirgends mehr die großen Gelegenheiten zum „Urrationalismus", zum „Wagemut". Ja, allzu tüchtige Köpfe an der Spitze der großen Unternehmungen, der Aktiengesellschaften und Bankinstitute sind sogar unerwünscht, man einigt sich auf die Kompromiß-Persönlichkeit, auf die Mittelmäßigkeit.

So kommt Schumpeter seufzend zu dem Schlusse: „Diese Entwicklung nun trennt den Unternehmer von seinem Unternehmer-

Die materialistische Geschichtsauffassung

Von Jean Feldmüller, Pirmasens.

(Schluß.)

Zum Beweise der Richtigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung einige Beispiele:

Warum ist die Sklaverei abgeschafft worden? Der Ideologe sagt: „Weil die Menschheit eingesehen hat, daß diese ihrer unwürdig ist." Dagegen sagt der Materialist: „Nein, weil sie durch die ökonomische Entwicklung überholt und unzweckmäßig geworden war. Der aufstrebende Industrialismus brauchte die Freizügigkeit und die Lohnarbeiter waren billiger als die Sklaven und konnten jederzeit entlassen werden, um sie an anderen Plätzen, wo man sie brauchte, zu verwenden."

Warum ist Rom den barbarischen Germanen unterlegen? Der Ideologe behauptet, „die Germanen hätten einen ganz besonderen Geist und besondere Neigungen mitgebracht, die ihnen den ersten Rang in der Geschichte sicherten." Das ist eine Behauptung, für die jede Unterlage fehlt.

Mit Recht sagt dagegen der Materialist: „Die Ursachen von Roms Schwächen sind von dem Gange der ökonomischen Entwicklung herzuleiten, welche die Klasse der kleinen Grundbesitzer ruinierte, die Roms Stärke ausmachten. Viele Bauernparzellen verschmolzen in kolossalen Latifundien (Großgrundbesitz), die fast nur von Sklaven bevölkert waren: Sklaven, die von verschiedenen Nationen zusammengetrieben waren, sind eben eine schlechte Stütze für einen Staat. Die ökonomische Entwicklung schuf das römische Proletariat, verwandelte es in einen blutdürstigen stumpfsinnigen Pöbel. Zuletzt kam es soweit, daß die Römer, diese Welteroberer, sich als untauglich zum Waffendienst erwiesen. Ihre Legionen füllten sich nun mit denselben Barbaren, die später dem Dasein des „lebendig" verfaulenden Reiches ein Ende bereiteten.

Warum hat die Vernunft der philosophischen Fakultäten der Welt den Weltkrieg nicht verhindert, wenn die Vernunft die Geschicke der Menschheit bestimmt? Weil sie dazu gar nicht imstande und nicht einmal willens dazu war. Denn die Vernunft steht still vor der Gewalt der ökonomischen Tatsachen und ihren Auslösungen! Der Weltkrieg war im Grund nichts anderes, als die Auslösung der ökonomischen Entwicklung von der Nationalwirtschaft zur Weltwirtschaft, welche die Machthaber unterdrücken wollten, um die Nationalwirtschaft weiter aufrechtzuerhalten. Mit der Politik der „eisernen Faust" wollten alle Großstaaten, besonders auch Deutschland und England, ihre eigene Nationalwirtschaft zur Weltwirtschaft erheben, durch den nationalen Imperialismus.

Dabei sind sie alle unter die Räder gekommen und haben trotzdem nichts daraus gelernt!

Denn was ist denn der heutige Zustand der Welt unter dem sogenannten „Friedensvertrag" von Versailles? Ist das etwas anderes als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln? Warum hindert die philosophische Fakultät der Welt dies nicht und schafft wirklichen Frieden? Die Erfahrungen sollten doch diese Vernunft stark genug gemacht haben. Und doch könnte sie vieles dazu tun.

Europa leidet unter seiner wirtschaftlichen und politischen Zerklüftung und den dadurch bedingten nationalen Gegensätzen. Warum folgt man nicht dem Beispiel der Vereinigten Staaten von Nordamerika? Warum beseitigt man nicht die europäischen Zollgrenzen, welche die Völker gegenseitig absperren und organisiert die europäische Wirtschaft auf breiter Grundlage, die alle europäischen Völker umfaßt, als Wirtschaftsunion. Welche Erleichterung der Lage der Völker und welche Belebung der gesamten europäischen Wirtschaft würde durch diese weltwirtschaftliche Basis erreicht werden können?

Aber auch ein wirklicher Frieden in Europa würde durch den Ausgleich der gegensätzlichen Interessen herbeigeführt: die Kriegsgefahr würde dadurch mindestens für Europa beseitigt und das schreckliche Gespenst des drohenden Giftgaskrieges, der, wenn er einmal kommen sollte, ganze Völker vernichten wird. Wahrlich ein hoher Preis, der die größten Anstrengungen rechtfertigen würde. Reizt dieser Preis die philosophischen Fakultäten mit ihrer präparierten „Vernunft" nicht?

Ach, sie würden nichts tun, was über die Schulbank hinausgeht, weil sie immer in kulturpolitischen Dingen nichts getan haben, wenigstens nichts wirklich Ernsthaftes, wenn es galt!

Die „Vernunft" wird das erst tun, wenn die ökonomischen Notwendigkeiten sie dazu zwingen werden und sie werden sie, über kurz oder lang, dazu zwingen.

Die materialistische Geschichtsauffassung bildet die Grundlage der materialistischen Geschichtsphilosophie. Sie ist ihr Prinzip, nach dem die Auffassung sich aufbaut.

Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsweise hat, je mehr sich diese vervollkommnete und immer höher stieg, in gleichem wachsenden Maße immer mehr ihre Schattenseiten aufgezeigt. Die Proletarisierung großer Volksmassen, die nun auch bereits die große Schicht des Bauernstandes erfaßt, die wirtschaftlichen Krisen mit ihrer ungeheuren Arbeitslosigkeit der Arbeiter, die Wohnungsnot und die Verarmung großer Volksteile, zeigt die Entsetzlichkeit des kapitalistischen Elends.

Trotzdem haben die wissenschaftlichen Vertreter des kapitalistischen Systems dieses als das idealste und vollkommenste verteidigt, das überhaupt nur denkbar ist.

Wohl hat der Genfer Sismondi (1773—1842) bereits die wirtschaftliche Kritik des Kapitalismus eingeleitet, aber doch nur in jenem kleinbürgerlich kathedersozialistischen Sinne. Für die großen Widersprüche dieser Wirtschaftsordnung findet er treffende Worte, aus denen die Empörung eines humanen Sinnes hervorbricht; aber seiner Kritik fehlt der Ausblick auf höhere Wirtschaftsformen und auf die umbildende Gewalt des proletarischen Klassenkampfes. Dieser Kritik ist auch deshalb nur der Charakter eines rückblickenden Utopismus gegeben, die das Wesen des Kapitalismus nicht erklären konnte.

Eine wirkliche ins Innerste eindringende Kritik der bürgerlichen Oekonomie war auf dem Boden bürgerlicher Anschauungen überhaupt nicht möglich. Um sie prinzipiell zu kritisieren, mußte der Kritiker seinen Standpunkt jenseits der Vorstellungen nehmen, in denen jene Oekonomie groß geworden war.

Er mußte die moderne Volkswirtschaft in ihrer historischen Bedingtheit nach rückwärts und nach vorwärts klar erfassen. Er mußte die Einsicht in die Eigentümlichkeiten dieser Produktionsweise durch die Vergleichung mit der früheren vertiefen und in ihr, als einer historisch entstandenen Form, aber auch die Tendenzen und Kräfte aufzeigen, die weiter an der historischen Fortbildung dieser Produktionsform arbeiten und wirken.

Diese Kritik mußte aber auch die Ueberführung derselben in eine höhere Wirtschaftsweise erwarten lassen, welche die Klassengegensätze und Widersprüche des Kapitalismus abstreifen und damit in die sozialistische Wirtschaftsweise ausgehen wird.

Das Fundament einer solchen Kritik konnte erst die materialistische Geschichtsauffassung geben. Sie bringt zur Anschauung: die großen Gesichtspunkte für eine klare Erfassung des ökonomischen und allgemein gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses.

Sie entscheidet innerhalb der Oekonomie zwischen Produktionsform und Produktionskräften. Sie umfaßt die umwälzende Macht, die der Entfaltung der Produktionskräfte in Verbindung und Zusammenhang mit den Klassenkämpfen zukommt. Diese umwälzende Macht verfolgt die materialistische Geschichtsauffassung im einzelnen.

Karl Marx mit Friedrich Engels zusammen, der Begründer der materialistischen Geschichtsauffassung ist der große Kritiker der bürgerlichen Oekonomie nur auf dem Boden und im engen Zusammenhang mit dieser seiner allgemeinen Geschichtsauffassung geworden, durch die er die Schranken der bürgerlichen Ideologie gesprengt und durchbrochen hat. In seinem Hauptwerk „Das Kapital" knüpft er überall an die Bestrebungen der bürgerlichen Klassiker an, geht aber durch schärfere und tiefere Begriffsbestimmung weit über diese hinaus.

Das entscheidende Merkmal der Kritik durch Karl Marx ist aber das Geltendmachen des historischen Gesichtspunktes, welches sich auch durch die anscheinend rein theoretischen Partien seines Werkes hindurchzieht. Deshalb auch die Bezeichnung „der historische Materialismus".

Der Gegenstand der Untersuchung ist die kapitalistische Produktionsform. Diese erscheint als eine Stufe des ökonomischen Entwicklungsprozesses, eine Stufe mit Unzulänglichkeiten und Widersprüchen behaftet, die Marx durch seine Kritik schonungslos aufdeckt.

Diese Aufdeckung der Widersprüche ist aber auch zugleich die Aufzeichnung und der Nachweis der ökonomischen Tendenzen, die in dieser Wirtschaftsform entwickelt werden und notwendigerweise über dieselbe hinausdrängen. Worum es sich handelt, das ist, wie Marx im Vorwort seines Werkes programmatisch sagt: „Das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen."

Dieses Bewegungsgesetz bedingt, daß die Produktionskräfte über die Produktionsform hinausdrängen und nicht mehr von den heutigen Produktionsleitern beherrscht werden können. Eine höhere Produktionsform bereitet sich im Schoße der alten niederen Produktionsform vor.

Je mehr sich die kapitalistische Produktionsform vervollkommnet, die Konzentration der Produktionsmittel und des Eigentums fortschreitet, desto mehr gerät diese Form in Gegensatz mit den Bedürfnissen und Kulturnotwendigkeiten der Menschheit!

Der Kapitalismus ist gegenüber der Vergangenheit die bisher höhere Entwicklungsstufe, aber er ist nicht die höchste Entwicklungsstufe des ökonomischen Entwicklungsprozesses.

Ihm folgt der Sozialismus. Ohne Kapitalismus kein Sozialismus! Der Kapitalismus selbst schafft die Bedingungen zum Sozialismus! Der Sozialismus ist die neue aufstrebende Kulturepoche.

Das Proletariat hat den historischen Beruf, der Träger und Kämpfer für diese neue Kulturepoche zu sein. Diese erst wird den Weg frei machen zum höheren und wirklichen Aufstieg des Menschengeschlechtes.

Erst im Sozialismus werden sich die Menschheitsideale durch die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung aller Menschen erfüllen. Das Proletariat, erzeugt von dem ökonomischen Entwicklungsprozeß des Kapitalismus, ist zugleich dessen Totengräber und der Träger des Sozialismus.

Zwei Welten stehen im Kampf! Die alte absterbende und die neue aufstrebende Welt. 's ist der Geschichte ehernes Muß!

Das Proletariat wird seine Aufgabe erfüllen, weil es sie erfüllen muß, als Vollstrecker des ökonomischen Entwicklungsgesetzes und der Menschheitsgeschichte.

Der Erde Glück, der Sonne Pracht,
Des Geistes Licht, des Wissens Macht,
Dem ganzen Volke sei's gegeben,
Das ist das Ziel, das wir erstreben!

gewinn . . . Das geht nicht reibungslos vor sich und aus diesem Sachverhalt erklärt sich so manches von dem, was das finanzielle Leben aller Länder an Unerfreulichem und Unkorrektem aufzuweisen hat. Die Unternehmer aller Länder kämpfen um das, was nach konkurrenzwirtschaftlichen Ideen ihnen zukam. Aber mit diesem Kampfe geht ein Entwohnungsprozeß einher, dessen Fortschreiten wir ebenfalls sehen. Immer mehr leitende Leute der Bankwelt und der Industrie finden sich damit ab, ihre Funktionen zu erfüllen, ohne daß ihnen mehr zufällt, als etwa den höchsten rechtsanwaltlichen oder ärztlichen Einkommen entspricht. Und im Grunde wird damit nur die sinkende Bedeutung der einzelnen Unternehmerpersönlichkeiten registriert . . ."

Kein Wort braucht diesen Bekenntnissen hinzugefügt werden. Schumpeter hat gewiß recht, wenn er davon warnt, diesen Prozeß in seiner Bedeutung für die Gegenwart zu überschätzen. Beilaufig vier Fünftel der gesamten deutschen Volkswirtschaft dürften auch heute noch der privaten Unternehmerinitiative unterstehen. Aber das eine Fünftel „organisierter" Wirtschaft wiegt die anderen vier Fünftel auf; denn dies eine Fünftel zeigt den Weg der Zukunft, einen Weg, von dem auch Schumpeter sagt, daß es auf ihm kein Zurück mehr gebe. Schumpeter ist gleich Sombart kein freudiger Bejaher des neuen Werdens und natürlich erklärt er, Marx habe „unrecht", ja versteigt sich sogar zu Plattheiten, die einem Gelehrten seines Ranges nicht zustehen, wie zum Beispiel zu der Stammbeilefrage: „Soll der Politiker oder der Industrielle die Führung der Wirtschaft haben?" Schumpeter selbst antwortet doch darauf, daß es die Mittelmäßigkeit der Industriellen sei, in deren Hand heute die Führung der Wirtschaft liege. Warum also diese überflüssigen Ausfälle gegen die „Politiker"?

Aber wie sehr sich auch die Gesinnung Schumpeters gegen das wirtschaftliche Gemissen Schumpeters sträuben mag, wieder ist in seiner Person ein bedeutender Denker der Bourgeoisie aufgestanden, um ihr wie Sombart die nahende Götterdämmerung zu künden. Krise der Welt? Jawohl, Krise der kapitalistischen Welt!

Der Völkerbund zur Weltkohlenkrise

Das Wirtschafts-Komitee des Völkerbundes veröffentlichte kürzlich einen Zwischenbericht über seine Erhebungen zur Weltkohlenkrise. Fast die Hälfte der Weltproduktion an Kohle entfällt auf die Vereinigten Staaten, deren Produktion jedoch zu 96 Prozent vom inneren Markt aufgenommen wird. Somit betrifft die Ausfuhrkrise allein die europäischen Länder. Die Weltproduktion an Kohle war 1928 trotz gewaltig fortschreitender Industrialisierung der Welt nur um 2,4 Prozent, unter Berücksichtigung der Braunkohle um 4 Prozent höher als im Jahre 1913; sie betrug 1928 1,245,300,000 Tonnen gegenüber 1,215,720,000 Tonnen im Jahre 1913. Die Fortschritte der Wärmetechnik, die bessere Ausnutzung der Wärmeenergie, insbesondere durch Umformung der Kohle in elektrischen Strom, die vermehrte Verwendung von Oel als Brennstoff in der Schiffahrt und der Industrie, der Ausbau der Wasserkräfte sind sämtlich Momente zuungunsten der Ausdehnung der Kohlenwirtschaft. War 1914 nur 3½ Prozent der Welthandelsflotte auf Oelfeuerung eingerichtet, so betrug der Prozentsatz 1928 bereits 40 Prozent. In den Vereinigten Staaten war die motorische Kraft 1913 noch zu 84 Prozent auf Kohle eingestellt, 1927 nur zu 64 Prozent. Die neuerrichteten Wasserkraftwerke Italiens liefern eine Energiemenge, die 9 Millionen Tonnen Kohle ersetzt. Der Kohlenverbrauch der Schweiz ist gegenwärtig dank dem Ausbau der Wasserkräfte trotz gewaltigster Elektrifizierung geringer als vor dem Krieg. Die wärmetechnischen Ersparnisse durch bessere Ausnützung der Kohle werden in Deutschland auf 10 bis 20 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit geschätzt. Der Hauptgrund für die Schwierigkeiten ist aber die außerordentliche Erweiterung der Leistungsfähigkeit der Kohlenbergwerke und die Erschließung neuer Kohlengruben in den verschiedenen Ländern. Die Kohlengruben sind heute in der Lage, ohne neue Kapitalsanlagen mehr Kohle zu fördern, und zwar in Deutschland nach Schätzung des Völkerbundsberichts um ein Viertel, in England um ein Viertel bis zu einem Drittel, in Polen um die Hälfte mehr als gegenwärtig. Diese gewaltige Zunahme der Leistungsfähigkeit, die mehr als die bisherigen Ursachen für die Weltkohlenkrise verantwortlich ist, war zum Teil die Folge der großen Profite, die von den Kohlenbergwerken in der Vorkriegszeit, während des Krieges und in den Nachkriegsjahren gemacht wurden und die den Anreiz für die Erweiterung der Produktion boten, zum großen Teil aber ist sie künstlichen Maßnahmen für die Unterstützung des Kohlenbergbaues zuzuschreiben. Staatliche Subventionen, Frachtbegünstigungen, Kartelle, Beeinflussung der Arbeitszeit und der Löhne usw. haben zur Steigerung der Leistungsfähigkeit beigetragen, was sich in einem scharfen Konkurrenzkampf um die Absatzmärkte auswirken mußte. Für die Ausfuhrkrise auf dem Weltkohlenmarkt ist bezeichnend, daß Englands Kohlenausfuhr, die noch im Jahre 1913 etwa 100 Millionen Tonnen betrug, 1928 auf 68 Millionen sank.

Als Mittel für die Vermeidung der Schleuderausfuhr auf dem Weltmarkt empfiehlt der Bericht internationale Vereinbarungen der Produzenten in bezug auf Fördermengen, Aufteilung der Absatzgebiete und Preisfestsetzung, d. h. internationale Kartelle. Diese Kartelle sollen nicht unter Beteiligung des Völkerbundes gegründet werden, sondern allein von den beteiligten Produzenten, wie das bei anderen industriellen Kartellen erfolgt. Die Gründung eines europäischen Kohlenkartells ist seit Jahr und Tag Gegenstand von Erörterungen; je mehr die nationale Kartellierung fortschreitet, um so rascher wird man zu internationalen Kartellen im Kohlenbergbau gelangen. Als Vorläufer des internationalen Kohlenkartells ist die jüngst erfolgte Verständigung zwischen den deutschen, belgischen und holländischen Kohlenproduzenten anzusehen. Der starke Ausbau der limburgischen Kohlenlager in Holland und in Belgien nach dem Krieg — in Holland entfällt der größte Teil der niederländischen Steinkohlengewinnung auf die Limburger Staatsgruben, die eine Förderziffer von 6,9 Millionen Tonnen aufweisen, seitdem den niederländischen Kohlenbedarf zu rund zwei Dritteln aus eigener Kraft decken können — führte zu einem scharfen Konkurrenzkampf mit dem deutschen Ruhrbergbau, der vor dem Kriege Holland mit Kohlen belieferte. Der Ruhrbergbau mußte hierzu zu Preisen liefern, die unter dem Durchschnitt der Vorkriegszeit lagen. Die nunmehr erreichte Verständigung sichert die Innehaltung gewisser Mindestpreise, gleicht die Preise namentlich für niederländische Bunkerkohle dem Preisstand der deutschen Bunkerkohle an und hat außerdem — wie allgemein angenommen wird — günstigen Kundenschutz zugestanden.

Der Völkerbundsbericht verlangt neben internationalen Produktions-, Absatz- und Preisvereinbarungen Maßnahmen zur Ausgleichung, wenn nicht sogar Gleichmachung der Löhne, der Arbeitszeit und der übrigen Arbeitsverhältnisse —, eine von der Arbeiterschaft stets vertretene Forderung. Es wäre nun die Aufgabe des Internationalen Arbeitsamtes, die internationale Gesetzgebung für jene Ausgleichsmaßnahmen in die Wege zu leiten. Gefordert werden muß freilich die Anpassung an die Arbeitsbedingungen der am meisten fortgeschrittenen Länder. Die vorherrschende soziale Reaktion wird freilich alles daran setzen, statt Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in den rückständigen, deren Verschlechterung in den fortgeschritteneren Ländern durchzusetzen. Ohne schwere Kämpfe und die Verschiebung der politischen Machtverhältnisse in den kohlenerzeugenden Ländern zugunsten der Arbeiterschaft wird die Angleichung der Arbeitsverhältnisse in der von uns erwünschten Art nicht zustandekommen.

Einen Weg für die Beseitigung der Weltkohlenkrise sieht der Völkerbundsbericht in der Abschaffung aller staatlichen Subventionspolitik und sonstigen künstlichen Forderungsmaßnahmen, wozu sich die einzelnen Regierungen nur sehr schwer und jedenfalls nur dann entschließen werden, wenn gleichzeitig eine allgemeine Marktregelung erfolgen würde. Eine internationale Regelung, bei der dem Völkerbund eine wichtige Rolle zufallen würde, hatte vorausgegangen, bevor von den einzelnen Regierungen an einen Abbau der künstlichen Maßnahmen zur Zeitung der Kohlenproduktion gedacht werden kann. Endlich befürwortet der Völkerbund noch die Gründung eines internationalen Komitees, in dem die Regierungen, die Unternehmer, die Arbeiter, der Kohlenhandel und die Konsumenten vertreten sein sollen. All diese Maßnahmen könnten, zweckmäßig durchgeführt, die Weltkohlenkrise wohl lindern, wenngleich eine allseitig befriedigende Lösung unter den gegebenen, natürlichen Verhältnissen der Kohlenproduktion nicht erwartet werden kann.

Arbeiterinnen-Rundschau

Sonnensehnsucht

Sonne, du strahlende Spendrin des Lichts,
Wie lange entbehrte ich dich!
Die du uns Leben und Wärme gibst.
Wenn ich Erkenntnis suche, bist du mir nah',
In jedem Baum, in jeder Blüte
Erkenn' ich deine große Güte. —
Alles drängt sich zum Licht!
Sonne, du Gütige, führe uns nun
Aus Mühsal und Plage zu dir
Die du uns Leben und Wärme gibst.
In Nacht und Dunkel erkannten wir,
Daß in der Menschheit zukünftigen Tagen
Nur Frieden und Freiheit die Brücken schlagen,
Füllst du uns, Sonne, mit sieghafter Kraft.

Berta Heldt

Geburten und Fehlgeburten

Die Verringerung der Geburtenfälle hat bereits zu weitgehenden Erörterungen geführt. Es ist immerhin eine ernste Angelegenheit, wenn große Teile des Volkes es ablehnen, bei dieser unsicheren Lage Kinder in die Welt zu setzen. Die Neuordnung der Wochenhilfe Gesetzgebung im Jahre 1925 hatte zum Ziel, die Voraussetzungen für eine gesunde Geburt zu schaffen. Die Krankenkassen erhielten eine hohe bevölkerungspolitische Aufgabe. Den breiten Massen sollte die wirtschaftliche Last, die jeder Geburtsfall mit sich bringt, durch Gewährung von Wochengeld, Bereitstellung freier Arzt- und Hebammenhilfe für die Wöchnerinnen wesentlich erleichtert werden. Nicht zuletzt sollte durch diese Wochenhilfe die Zahl der Fehlgeburten mit den normalen Geburtenfällen in ein Verhältnis gebracht werden. Daß dies nicht ganz erreicht wurde, zeigt eine Statistik der durchschnittlichen Geburten- und Fehlgeburtenfälle bei der AEG.-Betriebskrankenkasse in den Jahren 1919 bis 1928:

Berichts-Jahr	Geburtenfälle über-haupt	Geburtenfälle unter 100 weibl. Mitgl.	Fehlgeburtenfälle über-haupt	Fehlgeburtenfälle unter 100 weibl. Mitgl.
1919	817	3	702	3
1920	881	4	946	5
1921	572	4	728	5
1922	497	2	800	5
1923	386	2	627	4
1924	262	2	490	4
1925	406	3	666	4
1926	304	3	392	4
1927	226	2	423	4
1928	356	3	347	3

Die Zahl der Geburten ist während des hier angezogenen Zeitabschnittes nicht gestiegen, sondern eher noch geringer geworden. Das umgekehrte Verhältnis ist bei den Fehlgeburten eingetreten. In der obigen Statistik sind nur die bekanntgewordenen Fehlgeburten enthalten. Nach der Feststellung einer Aerzte-Zeitung sind bei den Fehlgeburten 89 v. H. auf verbotene Eingriffe zurückzuführen. (!) Mit der großen Häufigkeit der Fehlgeburten geht ein Stück Volkskraft zugrunde. Des ferneren ist damit vielfach der Tod oder dauerndes Siechtum der Frau verbunden. Die hohe Zahl der Fehlgeburten sollte ein Menetekel sein. Sie hat ihre Ursache neben der Wohnungsnot und anderem, vor allem in der unsicheren wirtschaftlichen Lage, in der sich weite Kreise der Arbeiter befinden. Eine gesicherte Existenz und ein Einkommen, das Raum bietet für eine gesunde Aufzucht der Kinder, würde die Zahl der Fehlgeburten auf einen geringen Teil beschränken.

Wer arm ist oder viel Kinder hat, muß sich einschränken

Die Untersuchungen des Statistischen Landesamts Hamburg offenbaren mit aller Deutlichkeit, daß diejenigen mit einem kleinen Einkommen sich mit einem geringeren Nährwert zufriedengeben oder die Nährstoffe, die der Körper bedarf, aus billigen Nahrungsmitteln decken müssen. Das gleiche ist der Fall bei denjenigen Haushaltungen, die eine zahlreiche Kinderzahl ihr eigen nennen. Folgende Zusammenstellungen lassen dies sehr deutlich in Erscheinung treten:

Einkommengruppen	Eine Vollperson verbrauchte täglich Eiweiß	Fett	Kohlehydrate	Kalorien
bis 2500 RM	64,83	94,87	380,58	2708
2501 bis 3000 RM	73,39	109,65	381,24	2883
4001 bis 4500 RM	76,97	107,27	419,44	3029
6001 bis 7000 RM	77,93	109,52	420,46	3090
mehr als 7000 RM	82,61	108,30	500,30	3391
Haushaltungen mit solg. Vollpersonen				
2 Personen.....	81,12	115,86	421,58	3134
3 Personen.....	81,29	115,51	430,20	3170
4 Personen.....	66,28	88,50	385,49	2642
5 Personen.....	69,23	96,62	394,98	2817
6 Personen.....	73,56	91,02	351,28	2548
7 Personen.....	66,87	108,31	390,49	2887

Diese Zusammenstellungen lassen die Tatsachen mit solcher Wucht hervortreten, daß es nicht notwendig ist, noch viel Worte zu verlieren. Die niedrig Entlohnten und die kinderreichen Familien werden in gleicher Weise betroffen. Bei beiden Gruppen mußten die Nährstoffe und Kalorien aus billigen Nahrungsmitteln wie Fette ohne Butter, Kartoffeln, Brot usw. gedeckt werden.

Kräfteverhältnis der Frau zum Mann

Die Kräfte, die die Arbeit von dem Menschen verlangt, sind je nach dem Beruf verschieden. Sie sind aber auch unter den verschiedenen Geschlechtern verschieden, und doch wird im modernen Arbeitsleben von Frauen die gleiche Arbeitskraft wie von Männern verlangt.

In der Kraftleistung stehen die Frauen aber, so schreibt Prof. Rubner in der Deutschen medizinischen Wochenschrift, in allen Zeitperioden hinter den Männern zurück. Das gilt schon für die Jugend. Bis zum 12. Lebensjahre hat das Mädchen nur acht Zehntel der Kraft der Knaben. Im 15. Lebensjahre sind Knaben und Mädchen im Gewichte etwa gleich; aber ihre Muskulatur ist dennoch nicht gleich stark, denn die Lendenkraft der Mädchen macht nur 0,62 von der Kraft der Knaben. Mann und Frau unterscheiden sich bei gleichem Körpergewicht und bei mäßiger Arbeit nicht in ihrem Stoffwechsel und in ihrem Nahrungsverbrauch. Grundverschieden ist aber, so sagt Rubner, die Bejahigung zu größter Kraftleistung. Auch wenn wir Mann und Frau in ihren besten Leistungen vergleichen, sind die Werte für die Frau nur 0,64 von jenen des Mannes

Dennoch wird die Frau heute so oft in unerhörter Weise in das Berufsleben eingespannt. Sie hat dazu in ungeheuer vielen Fällen neben der Berufsarbeit noch ihre häuslichen Aufgaben zu erledigen. Bei solchem Raubbau an der weiblichen Gesundheit sind frühes Altern und Krankheiten unausbleiblich. Durch solche Ueberlastung ist, wie Rubner schreibt, sogar bei jungen weiblichen Personen der Verlust eines gesunden, blühenden, jugendlichen Aussehens festzustellen.

Lebensdauer und Kinderzahl

Wenn wir die Statistik der deutschen Volkszählung des Jahres 1925 mit der Statistik von 1870/71 vergleichen, dann fällt uns die erhebliche Abnahme der menschlichen Sterblichkeit auf. Durch die Zunahme der hygienischen Einrichtungen, durch den Ausbau der Fürsorge wurden die Menschen wesentlich älter. Die Lebenserwartung eines neugeborenen Knaben war 1871 durchschnittlich 35,6 Jahre, 1925 aber 56 Jahre, und die Lebenserwartung eines neugeborenen Mädchens war 1870 38,5 Jahre gegen 58,8 Jahre im Jahre 1925.

Die Aenderung der Lebenserwartung ist aber nicht in jedem Lebensalter gleichmäßig festzustellen. In auffallender Weise hat die Sterblichkeit in den Säuglings- und Kleinkinderjahren nachgelassen und dadurch wurde das durchschnittliche Lebensalter des Menschen heraufgesetzt. Diese Abnahme der Sterbeziffer in den jungen Jahren ist aber in den späteren Lebensjahrzehnten nicht festzustellen. Hier stehen den günstigeren Verhältnissen im Wohnen und den günstigen Einflüssen der sozialen Fürsorge gegenüber die Arbeitsverhältnisse des Kapitalismus, und die lassen die günstigen Lebensverhältnisse des Wohnens und dergleichen nicht voll auswirken.

Zur Erhöhung der Lebensdauer gehört die soziale Gestaltung der Arbeitsverhältnisse. Aber daß die Arbeitsverhältnisse noch nicht den Grad sozialer Notwendigkeit erreicht haben, zeigt die statistische Tatsache, daß diese höheren Lebensjahrzehnte nicht in entsprechender Weise an der Lebensverlängerung teilnehmen: Um so notwendiger ist aber diese soziale Ordnung des Arbeitslebens, als heute ein weit größerer Teil der Bevölkerung als früher das erwerbsfähige Alter erreicht.

Das bedeutet aber zugleich, daß auch eine wesentlich höhere Zahl Mädchen als früher das gebärfähige Alter erreicht, und dadurch ist heute eine geringere Zahl Geburten nötig als früher.

Zur Zeit ist die durchschnittliche Kinderzahl der verheirateten Frau, die zur Erhaltung der Volkskraft nötig ist, auf 3 errechnet worden. Je mehr die Lebensdauer durch weitere Besserung der sozialen Lebensbedingungen steigt, um so geringer wird diese Kinderzahl werden. Früher arbeitete der Mensch für viele Kinder. Die Entwicklung geht dahin, daß die sozialen Lebensbedingungen möglichst viele Menschen in die Gebär- und Erwerbsjahre bringen, damit dann durch wenige Kinder die Volkskraft erhalten bleibt.

Gefrierfleisch

Die Einfuhr von Gefrierfleisch wurde im Interesse der Landwirtschaft auf 50,000 Tonnen im Jahr eingeschränkt. In den einzelnen Fleischverteilungsstellen hat sich deshalb das Gefrierfleischangebot sehr stark vermindert. Die Gefrierfleischverteilungsstellen müssen ein Plakat im Schaufenster aushängen, das besagt: „Gefrierfleisch ist nur an Minderbemittelte ausgegeben." Eine sehr große Anzahl der Verbraucher hat nun aus begreiflichen Gründen eine gewisse Scheu, sich zu den „Minderbemittelten" zu rechnen, weshalb sehr viele Hausfrauen nicht das gute und billige Gefrierfleisch kaufen, sondern frisches Fleisch zu wesentlich höheren Preisen und manchesmal in geringerer Qualität verlangen. Oft verzichten auch unsere Hausfrauen darauf, Gefrierfleisch zu ersehen, weil sie anderen Verbrauchern, die noch mehr mit Pfennigen rechnen müssen, „nichts fortnehmen" mögen. Mit der Verminderung der Gefrierfleischeinfuhr von 120,000 Tonnen jährlich auf 50,000 Tonnen erfolgte nicht gleichzeitig eine Herabsetzung der Zahl der Verkaufsstellen für zollfreies Gefrierfleisch, weshalb die einzelnen Verkaufsstellen im Gegensatze zu früher nur wenig Gefrierfleisch zugeteilt erhalten. Die Verkäufer haben infolgedessen ein begreifliches Interesse, den Verbrauchern Frischfleisch an Stelle von Gefrierfleisch anzubieten. Dabei wird häufig den Hausfrauen erklärt, Gefrierfleisch wäre nicht so vorteilhaft wie frisches Fleisch. Tiefen falschen und irreführenden Aeußerungen muß ausdrücklich betont werden, daß das in den Konsumvereinsverteilungsstellen zur Verteilung gelangende Gefrierfleisch von allerbester Beschaffenheit ist und dem frischen Fleisch nicht nachsteht, wohl aber um 35 Prozent billiger ist als gleichwertiges frisches Fleisch. Die Mitglieder des Konsumvereins brauchen sich also weder durch das Plakat „Gefrierfleischverkauf nur an Minderbemittelte" noch durch die falsche Auskunft verschiedener Interessenten von dem Gefrierfleischverkauf abhalten zu lassen. Sie fördern ihre wirtschaftlichen Interessen weitestgehend, wenn sie nach wie vor das gute Gefrierfleisch in den Verteilungsstellen ihres Konsumvereins abfordern. Bei der Zubereitung von Gefrierfleisch ist darauf zu achten, daß dieses, wenn es als Suppenfleisch Verwendung findet, nur in kochendem Wasser, und wenn es gebraten werden soll, nur in heißem Fett beigesetzt wird.

Die Schwitzpackung des Kindes

1. Eine Wolldecke wird auf einem Lager ausgelegt, die zweckentsprechend länger als das Kind sein soll, so daß ein freies Ende von etwa Armeslänge (zirka einen halben Meter) noch unterhalb der Füße zu liegen kommt.

2. Zwei Badetücher werden in heißes Wasser (von zirka 40 Grad Celsius) getaucht, gut ausgewunden, so daß sie nicht mehr tropfen, und auf die Wolldecke ausgebreitet: zunächst das eine, dann darüber – um eine Handbreite weiter dem Fußende zu – das andere (so daß also das andere Tuch unter dem darüberliegenden um eine Handbreite kopfwärts hervorschaut). Die Wolldecke soll wiederum allseits beide Tücher um Handbreite überragen.

3. Das Kind wird nackt auf die feucht-heiße Einlage gelegt, derart, daß der obere Rand des fußwärts gelegenen Lakens etwa in Höhe der Achselhöhlen zu liegen kommt. Dieses Laken wird unter beiden Armen hindurch um Rumpf und Beine, das andere Laken um Schultern und Arme des Kindes geführt. Eine Tuchfalte wird zwischen die Beine geschoben. Die Wolldecke wird von beiden Seiten um das Kind gezogen, ihr freies unteres Ende unter den Füßen eingeschlagen, das obere dicht um den Hals gepackt. (Mit einem trockenen Leintuch kann man den Hals gegen das Reiben der Wolle schützen.)

4. So wird das Kind ins Bett gelegt. Der Kopf wird mit einer Wollmütze bedeckt, zu beiden Seiten und ans Fußende des Kindes werden Wärmekrüge gelegt (siehe Anmerkung).

5. Man beobachtet, wann die ersten Schweißperlen auf der Stirn erscheinen und läßt das Kind von diesem Zeitpunkt an noch etwa eine halbe Stunde in der Packung.

6. Um den Schweißausbruch zu fördern, gibt man zweckmäßig vor und während der Packung reichlich Flüssigkeit in Form von dünnem (strohgelbem), schwarzem, sacharingesüßtem Tee, Fenchel- oder Lindenblütentee. Schweißtreibende Mittel, wie Aspirin, werden ebenfalls meist verabfolgt.

Gewöhnlich wird die Schwitzpackung mit einem Schwitzbad eingeleitet. In diesem Falle werden die Laken zu dem Kinde in das heiße Badewasser gelegt. Kurz vor Beendigung des Bades werden sie in der angegebenen Weise ausgelegt, so daß das Kind unmittelbar aus dem Bade in die heiße Packung kommt.

7. Nach der Packung wird das Kind kräftig trocken gerieben und in vorgewärmter Wäsche wieder in das Bett gelegt.

8. Das Herrichten und Anlegen der Packung muß möglichst rasch und in einem gut durchwärmten Zimmer vor sich gehen.

Anmerkung: Anwendung der Wärmekrüge: Die Krüge werden mit heißem (nicht kochendem!) Wasser bis über die Hälfte angefüllt und gut verschlossen. Man überzeuge sich durch mehrmaliges Umkippen und Schütteln der geschlossenen Flasche von der Dichtigkeit des Verschlusses! Durch Ausfließen des heißen Wassers können die entsetzlichsten Verbrühungen entstehen. Die Krüge werden mit einer mehrfachen Lage dicken Wollstoffs umhüllt. (Fehlt es an Wärmekrügen, so können sie durch Mineralwasser- oder Bierflaschen ersetzt werden.)

(Aus der „Gesundheit".)

Die Frau als Betriebsleiter im Haushalt

Erst neuerdings besinnt man sich darauf, welch wirtschaftlicher Faktor die Hausfrau als Betriebsleiter des Haushalts darstellt. In Deutschland gibt es ungefähr 14 bis 15 Millionen Haushaltungen. Hier pulsiert das ureigenste Leben der Menschheit, hier wird auch der größte Teil des Volkseinkommens verbraucht. Je geringer das Einkommen ist, je größer ist der Teil, der durch die Hände der Frauen geht. Der Verein deutscher Ingenieure hat eine Wanderausstellung „Technik im Heim" fertiggestellt, in der durch Tafeln dargestellt wird, was die Frau als Wirtschaftsfaktor bedeutet. Aus dem gezeigten Material geht hervor, daß durch die Hand der Hausfrau bei einem Einkommen von 2500 Mark 81 v. H., bei einem Einkommen von 4500 Mark 64,5 v. H., und bei einem Einkommen von 7500 Mark 44,2 v. H. gehen. Die Art und Weise, wie das von der Hausfrau verwaltete Geld ausgegeben wird, ist für die gesamte Wirtschaft von allergrößter Bedeutung. Deshalb muß auch dem Arbeitsraum der Hausfrau, der Küche, die größte Beachtung geschenkt werden. Die Technik muß viel mehr als bisher ihren Einzug in die Hauswirtschaft halten. Je wirtschaftlicher der Haushalt gestaltet wird, je mehr kann die Lebensweise verbessert werden. Nirgends gibt es soviel Leerlauf als hier. Die 15 Millionen Betriebsleiter des Haushalts sind der wichtigste Faktor des wirtschaftlichen Lebens. Welche Macht würden sie überdies haben, wenn sie sich als Verbraucher in den Konsumgenossenschaften zusammenschließen?

Schwindelnachrichten über Kolonialgreuel

(IGB.) Im allgemeinen wird den Zuständen in den Kolonien und Protektoratsgebieten eher zu wenig als zu viel Aufmerksamkeit geschenkt. Zuweilen kommt es aber auch vor, daß gerade über Kolonialländer übertriebene Meldungen verbreitet werden, die der Sache der Befreiung des farbigen Proletariats mehr schaden als nützen. So gingen in letzter Zeit phantastische Berichte über die Zustände in den Bergwerken Südwestafrikas durch die Presse. Die Neger sollen in diesen Minen aufs unmenschlichste behandelt, durch Zuweisung einer „Gratis-Frau" auf dem Heiratsmarkt seitens der Gesellschaften zum Abschluß unerträglicher Verträge verführt werden usw. Der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossene „Arbeiterverband für Südwestafrika" nimmt gegen die Verbreitung solcher Sensationsberichte aufs entschiedenste Stellung und weist darauf hin, daß den bei der Minengesellschaft angestellten Weißen, die einen Eingeborenen schlagen, außer einer Polizeistrafe, Entlassung droht. Und dies nach einer Verfügung, die schon über 20 Jahre in Kraft steht. Im großen und ganzen sei die Behandlung der Schwarzen in Südwestafrika eine humane. So beträgt z. B. die Arbeitszeit in den von den Lügenmeldungen betroffenen Tsumeb-Minen 8 Stunden, und zwar für die weiße und die schwarze Belegschaft. Ueberstunden werden auch den Schwarzen extra vergütet.

Die Brücke im Dschungel

Von B. Traven, dem Verfasser des „Totenschiffs", des „Schatzes der Sierra Madre" und anderer aufsehenerregender Werke, die sämtlich bei der Büchergilde Gutenberg erschienen sind, kam dieser Tage ein neues Buch heraus: „Die Brücke im Dschungel."

Das neue Travenbuch ist den Müttern gewidmet, „den Müttern jedes Volkes, jeder Farbe, jeder Rasse, jeder Kreatur, die lebt". Es kniet vor dem Mütterlichen in aller Welt, vor der Mutter, die ihr Kind mit wilder Zärtlichkeit liebt und die ihr Liebstes nicht hergeben kann, ohne dabei ein Stück aus ihrem eigenen Fleische mit loszureißen.

Eine kleine Pumpstation im Dschungel am Tamesi. Das Flußwasser wird viele Meilen weit zu einer anderen Station gepumpt, wo es wieder weitergepumpt wird, bis es die Eisenbahnlinie erreicht. Die Pumpe stöhnt und rattert und verscheucht die Alligatoren und Jaguare, was dem Pumpmeister und seinen Kindern nur lieb ist. In der Nähe der Pumpe führt eine Brücke über den Fluß, die für die Wagen und Autos einer Oelgesellschaft gebaut worden ist, deren Kamp etwa 20 Meilen entfernt liegt. Der Fluß ist tief genug, um einen Stürzenden für immer verschwinden zu lassen, und die Brücke hat kein Geländer.

Bei einem kleinen nächtlichen Tanzvergnügen in der Pumpstation fällt ein Indianerjunge in das Wasser. Nach einer knappen Stunde wird er vermißt. Ein großes Suchen hebt an, nur die Mutter weiß es, daß ihr Junge nie wiederkommt. Sie sucht das Ufer ab, eine einsame Mutter mit einer kleinen Laterne im Dschungel. Dann helfen ihr alle bis in die späte Nacht hinein. Sie tauchen so oft, als ob ihr eigenes Kind im Fluß läge. Schließlich läßt ein uralter Indianer ein kleines Brett mit einer Kerze auf den Wasserspiegel tragen, und siehe, das alte geheimnisvolle Wunder geschieht aufs neue: die schwimmende Kerze bleibt über dem nassen Totenbett des ertrunkenen Knaben stehen. Der Schrei der Mutter fliegt durch die Nacht der Wildnis.

Zeichnung eines 15jährigen Mexikaners. Aus dem Märzheft der „Büchergilde"

Die kleine geliebte Leiche wird in der ärmlichen Hütte aufgebahrt. Alle bemühen sich, der Mutter über den Schmerz hinwegzuhelfen. Der Totensänger stimmt sein Lied an, das eine seltsame Mischung von Kirchenlied und halbverschollenem Urvätersang ist. Inzwischen ist es Tag geworden. Eine neue Unheimlichkeit erfüllt die Hütte. Erst das grausame helle Licht macht das aufgebahrte Kind zur Leiche, und die Fliegen summen um das tote Kind. Da es Sonntag ist, kommen viele Leute von weither, um mit der Mutter zu weinen. Trotz ihrer unbeschreiblichen Armut sind diese Leute von einer rührenden Höflichkeit. Ihr Takt wird von ihrem Herzen bestimmt.

In der tropischen Hitze verwest der vom Wasser aufgeweichte Leichnam mit fürchterlicher Schnelligkeit. Unter dem Geschrei der Frau wird das tote Kind in den Sarg gelegt, in eine ungehobelte Kiste, und für die Mutter ist der letzte Abschied von ihrem Jungen gekommen. Wie der Zug mit dem Sarg über die Brücke geht, bleiben die Leute an der Unglücksstelle stehen, und die Männer nehmen die Hüte ab. Mit gierigen Augen begleiten die Geier den Zug. Allmählich wird der Marsch ein Zurückwandern in das alltägliche Leben. Von Blumen übersät ist der Dschungel, und es lebt die Welt.

Ein „christlicher" Friedhof. Hügel, Kränze, Kreuze liegen wirr herum. Auf manche Kreuze ist mit Kreide oder Stift etwas geschrieben, ein Datum, vielleicht auch eine Rechnung aus der Tienda. Da ist Dornengestrüpp, Gras und Kraut. Ein Dschungel!

Ein Friedhof ohne Heuchelei. Der betrunkene Lehrer aus dem nächsten Dorfe steht am Grabe, fällt brüllend auf die Grube, wird wieder auf seine Beine gestellt, und die letzte Szene des grauenvollen Totentanzes rollt ab. Erde bedeckt den Sarg, und die Musik spielt das rechte Lied am rechten Platz: „Yes, we have no bananes . . ."

„Adios, mein lieber kleiner Junge! Adios! Es leben die Maden und Würmer! Adios! So wie du wurde noch kein König begraben!"

Und noch nie, solange es Bücher gibt, wurde ein Begräbnis so beschrieben, so grauenhaft realistisch, so fürchterlich sachlich, so toll aus Entsetzen und Zärtlichkeit gemischt! Noch nie zuvor wurde mit so eindringlicher Deutlichkeit, so unsentimental und doch so erschütternd gezeigt, daß auch die Mutter eines schmutzigen Indianerjungen eine Mutter ist, ebenbürtig ihren Schwestern weißer Rasse.

Dieses Buch, bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin, als Dreimarkbuch erschienen, gehört zu B. Travens Meisterleistungen. Die erstaunliche Bildkraft seines Wortes erreicht hier eine fast erschreckende Höhe. Der unheimlich scharfe Beobachter und der entschlossene und vor nichts zurückweichende Gestalter Traven hat ein Werk geschaffen, das beispiellos dasteht in der gesamten Literatur unserer Zeit.

Der Pulsschlag der Welt

Bei strahlendem Sonnenschein fuhren die Redakteure der Gewerkschaftszeitungen an einem Maitage nach der Großfunkstation Nauen. Wir folgten einer Einladung, die die Transradio A.-G., die Besitzerin dieser Anlagen, hatte ergehen lassen. Nach einer einstündigen Fahrt in zwei jener schmucken Autobusse, die die Berliner Verkehrs-A. G. für Wochenendfahrten zur Verfügung hat, tauchten die hohen Funktürme bei Nauen auf. Hatten wir diese Masten so manchmal vom fahrenden Zuge aus gesehen, so vermochten wir uns doch keine Vorstellung zu machen, daß diese bis 260 Meter hoch sind. Nun konnten wir diese Wahrzeichen des modernen Verkehrs aus der Nähe bewundern.

Die Begrüßungsrede, die der Chef der Werbeabteilung der Transradio A.-G., Herr Platen, hielt, führte uns in eine ganz neue Welt ein. Mit Staunen mußten wir vernehmen, daß von dem Ort, wo wir standen, täglich rund 50,000 Worte in die Welt hinausgefunkt werden. Und als wir später die Betriebsanlagen besichtigten und die kleinen vibrierenden Zeiger an den Meßapparaten sahen, dann merkten wir, daß an der Stelle, wo wir uns befanden, der Pulsschlag der Welt zu fühlen ist. Der internationale Verkehr und die Verständigungsmöglichkeiten der Menschen wachsen von Tag zu Tag. Die menschliche Stimme vermag heute den Erdball zu durchdringen. Ein von der Transradio übermitteltes Telefongespräch nach Argentinien, also auf eine Entfernung von rund 11,000 Kilometer, ist genau so klar zu hören, als wenn sich zwei Menschen auf ein Meter Entfernung gegenüberstehen. Und doch sind wir wahrscheinlich erst am Anfang dieser Entwicklung, die noch Ungeahntes erwarten läßt. Nach einigen Jahren wird es wahrscheinlich kein Land der Erde mehr geben, das nicht in wenigen Minuten durch den drahtlosen Verkehr telefonisch erreicht werden kann.

Ueber die Anlagen der Großfunkstation Nauen sei kurz folgendes gesagt: Die Transradio A. G. ist eine Tochtergesellschaft der Telefunken G. m. b. H., welche gemeinsam von der AEG. und Siemens & Halske gegründet wurde. Auch das Reich bzw. das Reichspostministerium ist an der Transradio A. G. beteiligt. Letztere wurde als Betriebsgesellschaft im Jahre 1918 errichtet zu dem Zwecke, den drahtlosen Uebersee-Verkehr zu besorgen und die seit 1906 bestehende Funkstation Nauen zu übernehmen. Nauen war anfangs eine Versuchsstation, wo man mit einem 10-Kilowatt-Knallfunkender, einem 100-Meter-Mast, einer Schirmantenne und sonstigem Gerät das Problem der drahtlosen Uebertragung in Wort und Schrift zu lösen versuchte. Die Anlagen wurden rasch verbessert, so daß 1910 bereits eine Reichweite von 3600 Kilometer erreicht wurde. Diese stieg 1912 auf 4700, 1914 auf 8300, 1916 auf 11,000 und im Jahre 1918 auf 20,000 Kilometer. Heute besteht eine Reichweite von drei- bis viermal um die Erde.

Die bereits in kurzer Zeit erreichte Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ländern wurde durch den Krieg jäh unterbrochen. Aber ehe noch der Friede geschlossen war, wurden die Verbindungen namentlich mit Nordamerika bereits wieder angeknüpft. Heute hat der im Jahre 1914 eröffnete öffentliche Telegrammverkehr mit Nordamerika eine Ausdehnung erreicht, daß man es sich kaum vorstellen kann, wie der moderne Geschäftsverkehr zwischen den beiden hochentwickelten Erdteilen ohne die drahtlose Uebertragung von Wort und Schrift möglich sein konnte. Die Großfunkstation Nauen dient nur für den Sendeverkehr. Der gesamte Empfang der drahtlosen Uebermittlungen geschieht von der Station Geltow bei Potsdam. Sendung und Empfang vereinigen sich in der Betriebszentrale in Berlin, Oranienburger Straße. Diese liegt dem Haupttelegraphenamt gegenüber, so daß die abgehenden und ankommenden Telegramme sofort zur Weiterleitung übermittelt werden können. Seit dem Jahre 1926 obliegt der Transradio A. G. nur noch der Ueberseefunkverkehr; den europäischen Dienst betreibt die Reichspost selbst über die Station Königswusterhausen. Die Transradio A. G. unterhält ständige Verbindungen mit Nordamerika, Südamerika, Aegypten, Niederländisch Indien, China, Japan, Philippinen, Siam, Abessinien und vielen anderen Ländern. Mit Australien, Mexiko und weiteren Staaten soll der gegenseitige Verkehr demnächst aufgenommen werden.

Die in den Großfunkstationen aller Länder ankommenden Gespräche und Telegramme werden sofort von den Landtelegraphen weitergeleitet. Von der Geschwindigkeit kann man sich einen Begriff machen, wenn man bedenkt, daß ein Telegramm Deutschland—Nordamerika nur 30 Sekunden dauert. Eine Berliner Großbank kann innerhalb zwei Minuten erfahren, wie die Kurse an der Neuyorker Börse stehen. Der Kurzwellensender hat den Langwellensender verdrängt. Bei Langwellen beträgt die Sendegeschwindigkeit bis 125 Worte und bei Kurzwellen bis 350 Worte je Minute. Die Großfunkstation Nauen hat eine tägliche Telegrammleistung nach Uebersee von etwa 50,000 Worte je Tag und etwa 1,5 Millionen Worte je Monat. Der Gesamtumfang des Sendeverkehrs nahm folgende Entwicklung: Im Jahre 1919 1,2, 1921 5,0, 1923 7,7, 1925 11,9, 1926 12,7, 1927 13,4, 1928 16,3 Millionen Worte, davon 11,3 Millionen nach Nordamerika. In diesem Jahre hofft man auf eine Jahresleistung von 20 Millionen Worte zu kommen. Innerhalb 10 Jahren ist also der Sendeverkehr um das 16fache gesteigert worden. An dieser Entwicklung ist die Bedeutung des Uebersee-Funkverkehrs am besten zu ersehen. Im Jahre 1928 entfielen von dem Gesamtverkehr 2,392,650 Wörter auf den internationalen Presseverkehr. Nur auf diese Art ist es möglich, daß wir an dem gleichen Tage in den Zeitungen das finden, was in anderen Erdteilen passiert ist. Die Großfunkstation Nauen erledigt sowohl die Telegraphie, wie auch die Telefonie und die Bildübertragung.

Die bedeckte Fläche der Antennen hat einen Durchmesser von 2½ Kilometer. Es sind insgesamt zwölf Großmasten vorhanden: zwei in einer Höhe von je 260 Meter, sieben von je 210 Meter und drei von je 150 Meter. Das Eisengewicht beträgt von 100 bis 360 Tonnen je Mast. Die Maste ruhen auf Porzellanisolatoren, wodurch sie von der Erde isoliert sind. Verwandt werden in der Hauptsache Kurzwellensender mit Wellen von 15 bis 40 Meter. Bei den Antennen sind je zwei parallel geschaltet. Vorhanden sind sieben Kurzwellensender für je 20-Kilowatt-Antennen-Energie. Für den Verkehr nach Ostasien, Nordamerika usw. dienen Maschinensender von 400 Kilowatt. Der benötigte elektrische Strom wird in 100,000 Volt Leitungen vom Kraftwerk Finkenherd bei Frankfurt a. d. Oder bis Spandau und von dort mit 15,000-Volt-Leitungen direkt zur Funkstation geliefert.

Es wird unsere Leser interessieren, wie hoch die Gebühren des drahtlosen Ueberseeverkehrs sind. In einem gewöhnlichen Telegramm nach Neuyork beträgt die Wortgebühr 1.10 ℳ, in einem dringenden Telegramm 3.30 ℳ, sogenannte LC-Telegramme 0.55 ℳ, Nachttelegramme 0.40 ℳ, Wochenendtelegramme 0.35 ℳ und Pressetelegramme 0.30 ℳ. Die Bezahlung erfolgt in der Regel von dem Auflieferer des Telegramms, die Gebühr kann aber auch von dem Empfänger eingezogen werden. Wenn man bedenkt, daß im internationalen Verkehr das Codesystem sich eingebürgert hat, so kann man nicht sagen, daß die Gebühren zu hoch sind. Für das Codesystem können ja mehrere Worte in einem zusammengezogen werden. Trotz alledem kann der Ueberseeverkehr nur von jenen Leuten benutzt werden, die über das nötige Geld verfügen. Aber bei den Großgeschäften spielen ja derartige Ausgaben keine große Rolle.

Als wir an jenem fraglichen Maientage auf dem Dache des Maschinenhauses der Funkstation standen und in das Gewirr von Drähten über uns blickten, beschlich manchen von uns ein eigentümliches Gefühl. Welchen Entwicklungsgang hat die Menschheit allein in drei bis vier Generationen durchmessen. Vor hundert Jahren war der Mensch noch allein auf seine Füße oder auf das Pferdefuhrwerk angewiesen. Eine Reise durch Deutschland dauerte Wochen und war mit unerhörten Beschwernissen verbunden. Dann kamen die Eisenbahnen und Dampfschiffe. Die internationale Durchdringung der Erde begann. Die Entfernungen hatten bereits ihre Schrecken verloren. Kraftfahrzeuge, Luftschiffe und Flugzeuge taten ein übriges. Im ferneren Verlauf der Entwicklung holte sich der Mensch seinen größten Wohltäter, den Blitz, vom Himmel. Die Elektrizität ist der große Revolutionär der Menschheitsentwicklung. Durch die Elektrizität wurden die Entfernungen vollständig überwunden. Es gibt im Verkehr zwischen Volk und Volk keine Hindernisse mehr. Erst jetzt fühlen wir, wie klein die Erde ist. Und als wir die Apparate ticken hörten, da vermeinten wir aus fernen Welten Stimmen zu vernehmen, die uns fragten: Warum sind die Menschen aller Rassen und Sprachen nicht Brüder; weshalb sind noch Millionen in Waffen, wo große Erfindungen die alten Begriffe von Nation und Vaterland überwunden haben? Die Wunder der Technik, die der Arbeit, Hirn und Händen, entsprungen, können nur Segen bringen, wenn Fortschritte dieser Art in den Dienst aller Menschen gestellt werden. Die gesamte Erde verwandelt sich in einen Garten Eden, wenn Haß, Zwietracht und gegenseitige Zerfleischung der Liebe und der gegenseitigen Verständigung Platz machen. — Dieses und ähnliches glaubten wir aus den Apparaten herauszuhören. Und in solchen Gedanken schieden wir von Nauen, jedoch mit dem Gelöbnis, mit allen Kräften an einer Entwicklung zu Frieden und Wohlstand mitzuarbeiten. Den Vertretern der Transradio A.-G. für die liebenswürdige Aufnahme unseren Dank.

Monopolkapitalismus und internationaler Wettbewerb

Die Chemie-Internationale.

Vor dem Kriege hatte die chemische Großindustrie in Deutschland eine fast konkurrenzlose Stellung auf dem Gebiete der Teerfarbenproduktion. Im Kriege haben alle Staaten mit allen Mitteln daran gearbeitet, dieses Monopol der deutschen Industrie zu untergraben. In England, Frankreich und Nordamerika entstanden riesige Werke zur Erzeugung von chemischen Produkten. Dadurch sah sich die deutsche Industrie einer veränderten Stellung gegenüber. Das führte zu dem Versuch, internationale Abkommen zu treffen.

Mit den beiden größten Unternehmungen Frankreichs kam es Ende 1927 zu einer Vereinbarung. Jetzt ist diese verlängert und durch den Beitritt der Schweiz erweitert worden. Die Industrien dieser drei Länder haben sich über den Absatz und über die Kontingentierung der Produktion verständigt. Auch die Preisgestaltung soll eine gemeinsame Regelung erfahren. Als einziger Außenseiter von Bedeutung kommt England in Frage. Die Verständigungsversuche mit England sind bisher gescheitert. — Zu gleicher Zeit wird von der J. G. Farbenindustrie bekanntgegeben, daß mit der Standard Oil Co. eine engere Interessengemeinschaft zustande kam. Beide Konzerne haben ein gemeinsames Arbeitsprogramm auf dem Gebiete der **Hydrierung zwecks Herstellung** von synthetischem Benzin vereinbart.

In **Neuyork** wurde eine **amerikanische Holding-Gesellschaft der J. G. Farbenindustrie** gegründet. Das neue Unternehmen führt den Namen American J. G. Chemical Corporation, Sitz Delaware, und soll als Holding-Gesellschaft und Finanzgesellschaft für Unternehmungen der chemischen und verwandter Industrien im Interessenkreise der J. G. Farbenindustrie A.-G. in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern dienen. Die Gesellschaft hat ein autorisiertes Kapital von sechs Millionen Stück Stammaktien ohne Nennwert. Die Aktivwerte der American J. G. Chemical Corporation bei der Gründung betragen über 60 Millionen Dollar. Die Gesellschaft gibt 30 Millionen Dollar 5½prozentige gegen ihre Stammaktien umwandelbare Teilschuldverschreibungen mit 20jähriger Laufzeit aus, die von der J. G. Farbenindustrie A. G. garantiert sind. Der Umtausch in Stammaktien kann jederzeit vor dem 1. Januar 1939 erfolgen. Bisher hat die Gesellschaft wesentliche Beteiligungen erworben, u. a. an der Agfa Ansco Corp. und an der General Aniline Works Inc. (früher Grasselli Dyestuff Corp.). Ende Januar ist die Holding-Gesellschaft für die europäischen Beziehungen der J. G. Farbenindustrie gegründet worden unter dem Namen J. G. Chemie, Basel (Internationale Gesellschaft für chemische Unternehmungen, A.-G.). Nunmehr sind rund 90 Prozent der europäischen und rund 70 Prozent der Weltfarbenerzeugung in der Hand einer großen Interessentengruppe.

Die Einschränkung der Oelproduktion.

Die **Weltpetroleumkonferenz** hat Ende März die Einschränkung der Petroleumproduktion beschlossen. An ihr haben sich der Vorstand des amerikanischen Petroleuminstituts, dem 56 große amerikanische Oelgesellschaften angeschlossen sind, darunter der größte Oeltrust der Welt, „Standard Oil", und die beiden großen europäischen Oelkonzerne, Shell und die Anglo-Persische Oilgesellschaft, beteiligt. Die Leiter der drei Welttrusts haben bereits im vorigen Sommer **Verhandlungen für die Einschränkung der Produktion geführt**; und seitdem die amerikanischen und die europäischen Großkonzerne, die wegen des Russenöls einander in den Haaren lagen, nach dem Abschluß des Oelfriedens mit Rußland die Streitaxt begraben, waren die Aussichten für die Verständigung auch in bezug auf die Produktionshöhe günstig.

Dem Beschluß der Weltpetroleumkonferenz zufolge soll die Produktion auf dem Stand von 1928 gehalten werden, was angesichts der stark erhöhten Oelgewinnung im laufenden Jahr einer Produktionseinschränkung von etwa 8 Prozent gleichkommt. Die Oelproduktion des Jahres 1928 war um etwa 5 Prozent höher als die im Jahr 1927. Es ist nun fraglich, auf welche Produktionsgebiete die Einschränkung sich erstrecken soll. Entscheidend ist die Produktionseinschränkung in den Vereinigten Staaten, die etwa 70 Prozent der Weltproduktion liefern. Hier wurde die Produktion bereits im vergangenen Jahre durch freie Vereinbarungen von Großunternehmungen und mit Unterstützung der Regierungen einzelner Gliedstaaten eingeschränkt.

Mit Hinsicht auf die große Anzahl von unabhängigen Oelproduzenten bestrebt aber das amerikanische Oelkapital eine Produktionseinschränkung, die die Oelproduzenten in sämtlichen Ländern der Vereinigten Staaten verpflichten soll. Der Präsident Hoover hat diese Bestrebung von jeher befürwortet, mit der Begründung, die amerikanischen Oelvorräte vor einer vorzeitigen Erschöpfung schützen zu müssen. Wenn der Wunsch der Weltpetroleumkonferenz dennoch nicht erfüllt werden kann, so bedeutet dies keine Ablehnung, vielmehr ist die Folge davon, daß das Antitrustgesetz, das Vereinbarungen für die Produktionseinschränkung verbietet, zur Zeit noch in Geltung ist. Zuerst muß also das Gesetz, entweder allein für die Petroleumindustrie oder auch für andere Industrien, abgeändert werden, damit die Regierung die Verpflichtung für die Produktionseinschränkung für das ganze Gebiet der Vereinigten Staaten anordnen kann. Die Aenderung des Antitrustgesetzes wird aber in kurzer Zeit erwartet.

In anderen Ländern, die für die Oelgewinnung von Bedeutung sind, Venezuela, Peru, Mexiko, Persien, Irak, — Rußland wird sich an einer Produktionseinschränkung vorläufig unter keinen Umständen beteiligen —, soll die Produktionseinschränkung auf Grund von freien Vereinbarungen der Großkonzerne durchgeführt werden. Der Leiter des Shell-Trusts, der „Oel-Napoleon", Sir Henry Deterding, der der Weltpetroleumkonferenz beiwohnte, hat dem Beschluß zugestimmt, wobei noch unsicher ist, ob seine Zustimmung allein die amerikanischen Oelgruben des Shell-Trusts betrifft oder auch die außeramerikanischen mitumfaßt. Für jeden Fall kann mit einer baldigen Steigerung der Preise für Petroleum als Folge der Produktionseinschränkung gerechnet werden. Man knüpft an die Verständigung auf der Weltpetroleumkonferenz noch weitergehende Erwartungen und redet von einem engeren Zusammenschluß der Weltölkonzerne, der zunächst zu einer Aufteilung der Absatzgebiete, letzten Endes zur Gründung eines Weltmonopols führen soll.

Der Völkerbund und die internationale Zuckerproduktion.

Das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes hat einen Ausschuß der internationalen Zuckerindustrie gebildet, der kürzlich in Genf getagt hat. Vierzehn Länder waren vertreten. Man kam zu dem Ergebnis, daß angesichts des Ueberangebots von Zucker die Zuckererzeugung auf mehrere Jahre stabilisiert werden müsse. Daneben sei eine Steigerung des Zuckerverbrauches anzustreben und zu fördern. Die versammelten Zuckerindustriellen gaben zum Schluß ihrer Meinung dahin kund, daß nur eine internationale, die ganze Zuckerproduktion der Welt erfassende Organisation hier regelnd eingreifen könne. Man wird also mit einem Wiederaufleben und einer Verbreiterung des internationalen Zuckerkartells rechnen können. Wichtiger als alles andere erscheint uns, daß die Zuckerindustrie Mittel und Wege sucht, um den Zuckerkonsum zu erhöhen. Das beste Mittel hierzu ist eine Herabsetzung der Preise.

Auf dem Wege zum internationalen Kunstseidenkartell.

Vor kurzem ist ein wichtiges Hindernis des internationalen Kunstseidenkartells aus dem Wege geräumt worden. Die drei großen Weltkonzerne: Courtauld, die Glanzstoff-Gruppe in Deutschland und die italienische Snia Viscosa unterhalten seit Jahr und Tag enge Beziehungen zueinander. An der italienischen Snia, die etwa 80 Prozent der italienischen Kunstseidenproduktion bestreitet, sind die beiden anderen Großkonzerne auch kapitalmäßig beteiligt. Die internationale Vereinbarung stieß aber vor allem deshalb auf Schwierigkeiten, weil die beiden anderen italienischen Kunstseidenkonzerne Soie de Chatillon und Societa Generale eine Preispolitik auf eigene Faust machten, die Preise der Großkonzerne unterboten und diese dadurch zu einer Lockerung ihrer Vereinbarungen und zur Rückkehr zum Wettbewerb auf dem Weltmarkt zwangen. Vor kurzem gelang es nun, die beiden widerspenstigen Konzerne zu bewegen, sich mit der Snia in einem italienischen Kartell zusammenzuschließen. Allerdings ließen sie es sich schwer bezahlen. Allein Chatillon erhielt eine 25prozentige Quote für das italienische Absatzgebiet, auf das sich das Kartell vorerst erstreckt. Doch soll bald auch eine Einigung mit der Glanzstoff-Gruppe über die Belieferung des deutschen Absatzgebietes erreicht werden. War es doch die Glanzstoff-Gruppe, die die italienischen Konzerne zur Strecke brachte durch Preisunterbietungen auf dem Weltmarkte, die sich die kapitalkräftige deutsche Kunstseidenindustrie wohl leisten konnte. Nach dem Kampf kam, wie gewöhnlich, die Verständigung, die den Weg zu einer umfassenden internationalen Kartellierung der Kunstseidenindustrie frei machen soll.

Kaugummi.

Es ist nicht immer leicht, Bedürfnisse und Gewohnheiten eines Landes auf ein anderes zu übertragen. Die Fabrikation von Kaugummi konnte trotz riesenhafter Reklame des amerikanischen Wrigley-Kaugummi-Konzerns, der in Frankfurt a. M. eine Fabrik besitzt, keine Fortschritte erzielen. Die Umsätze lassen nicht im entferntesten einen Vergleich mit dem Verbrauch in Amerika zu.

Das deutsche Publikum für den Kaugummi zu gewinnen, war schon vor Jahren das Bemühen der Bicamint Kaugummi G. m. b. H., die einen Betrieb in Berlin hatte, und der Philipps-Kaugummi G. m. b. H. in Hannover. Heute behauptet, nachdem diese Betriebe geschlossen sind, der Wrigley-Konzern mit seinem Frankfurter Betrieb den Absatzbetrieb in Deutschland allein. Aber alle teure Reklame hat nicht vermocht, die Begeisterung für den zähen, nach Pfefferminz schmeckenden Gummi zu heben.

Die Verluste, die der Betrieb in Deutschland hat, sind groß und wie es scheint, auch für die nächsten Jahre anhaltend. 1927 betrug der Verlust 1,350,000 Mark. Etwas weniger als 1926, wo der Verlust mit 1,710,000 Mark angegeben würde. Im Jahre vorher bezifferte sich der Verlust auf 540,000 Mark. Der Gesamtverlust beträgt somit in den drei Jahren 1925 bis 1927 weit über drei Millionen. Verursacht sind die Verluste durch die enormen Reklamekosten, die 1926 1,77 Millionen und 1927 1,45 Millionen Mark betrugen. Der Betrieb wurde mit einem Aktienkapital von 2 Millionen Mark eröffnet. Durch diese Verluste wurde der Konzern gezwungen, das Kapital 1926 auf 4 Millionen Mark zu erhöhen. Es beträgt zur Zeit 5 Millionen Mark. In ihrem Geschäftsbericht bringt die Gesellschaft zum Ausdruck, die Einführung eines neuen Massenartikels brauche Zeit und benötige große Reklamekosten. Danach scheint der Konzern zu hoffen, die Deutschen mit der Zeit zu begeisterten Kaugummikauern zu erziehen und vor allem hofft er auf ähnliche Riesengewinne wie in Amerika, die Millionenverluste leicht tragbar machen.

*

Wie die Konzernbildung, so ist die Internationalisierung jetzt der Großindustrie erstes Wort. Wer in kapitalistischen Kreisen verkehrt, wie ich — und es ist nützlich, die Tatsachen des Gegners studieren zu können —, staunt immer wieder, wie diese Kreise, die vor dem Kriege auf national abgeschlossene Wirtschaftsführung eingestellt waren, jetzt ununterbrochene Beziehungen zum Auslande suchen und pflegen und den Drang zur internationalen Organisation betätigen. Wie zuerst national die Organisation der Arbeiter entstand, dann die ersten organisierten Wirtschaftselemente im Reiche der freien Konkurrenz, dann aber die Unternehmer in ihrer geringen Zahl und ihrem größeren Klassenbewußtsein unsere Organisation eingeholt, ja vielleicht überholt haben, so erleben wir es heute auf internationalem Gebiete.

Damit gewinnt die Handelspolitik ein ganz neues Gesicht. Wir haben sie immer schon als Mittel zur Preiserhöhung der agrarischen Produkte angesehen. Aber das eigentlich Revolutionäre in der Handelspolitik der letzten Jahrzehnte waren die industriellen Schutzzölle, der stärkste Antrieb für Organisation, Kartellierung und Vertrustung der Industrie.

Hilferding (auf dem Parteitage in Kiel 1927).

Der Schatz der Sierra Madre

Copyrigth by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

Roman von B. Traven.

(7. Fortsetzung.)

Und so begann der Alte Goldgeschichten zu erzählen, Geschichten, die unter den fahrenden Gästen des Oso Negro und verwandter Häuser mit mehr Eifer gehört werden als die schamlosesten Liebesgeschichten. Wenn so ein alter Goldgräber erzählte, dann konnte er die ganze Nacht erzählen, und keiner schlief ein, und keiner rief: „Nun will ich Ruhe haben." Ein solches Rufen nach Ruhe wäre ja in jedem Falle, ob es sich um Goldgeschichten, um Diebesgeschichten oder um Liebesgeschichten handelte, immer vergeblich gewesen. Ruhe durfte einer ja verlangen. Tat er es aber zu oft und vielleicht gar zu energisch, dann gab es Senge, weil die Erzähler darauf bestanden, ebensoviel Rechte hier zu besitzen wie die, die Ruhe haben wollten. Es ist das gute Recht eines jeden Menschen, seine Nächte mit Erzählen zu verbringen, wenn er das Bedürfnis dazu fühlt. Wenn einem andern das nicht gefällt, so hat er das Recht, sich einen ruhigeren Platz zu suchen. Wer nicht unter dem Donner von Geschützen, unter dem Gerassel von Wagen, unter dem Gefauche von Autos, unter dem Gewirr kommender und gehender, lachender, singender, schwatzender, schimpfender Menschen sanft und ruhig schlafen kann, soll nicht auf Reisen gehen und soll nicht in Hotels wohnen.

„Kennt ihr die Geschichte von der Grünwassermine in New Mexico?" fragte Howard. „Die kennt ihr sicher nicht. Aber ich kenne Harry Tilton, der dabei war, und von dem ich die Geschichte weiß. Da ging eine Bande von fünfzehn Mann los auf die Suche. Sie gingen nicht so ganz blind. Da war ein altes Gerücht, daß in einem Tale eine reiche Goldmine sei, die von den alten Mexikanern gefunden und ausgebeutet wurde, und die ihnen später die Spanier wegnahmen, nachdem sie durch gräßliche Folterungen, durch Ausreißen der Zungen, durch Anbohren des Schädels und mehr solcher christlichen Liebesbezeigungen die Indianer gezwungen hatten, ihnen den Ort der Mine zu verraten.

Dicht bei der Mine war ein ganz kleiner See, der in einem Felsenbette lag. Und das Wasser dieses kleinen Sees war grün wie ein Smaragd. Darum hieß die Mine die Grünwassermine, La Mina del Agua Verde. Es war eine ungemein reiche Mine. Das Gold lag rein in dicken Adern da. Man brauchte es nur so fortzunehmen.

Die Indianer aber hatten die Mine mit einem Fluche belegt, so wurde von den Spaniern behauptet, weil alle Spanier, die mit der Mine zu tun hatten, weggerafft wurden. Manche durch Schlangenbisse, andre durch Fieber, wieder andre durch entsetzliche Hautkrankheiten oder durch Krankheiten, deren Ursache niemand erklären konnte. Und eines Tages war die Mine verschwunden. Kein Mensch wurde mehr gesehen, der zu der Zeit bei der Mine gewesen war.

Als die Sendungen ausblieben und auch keine Berichte eintrafen, sandten die Spanier eine Expedition zu der Mine. Trotzdem die Mine genau in den Karten eingezeichnet war, trotzdem man weit genug den Weg verfolgen konnte, die Mine war nicht mehr zu finden. Und es war so leicht, ihre Lage zu bestimmen. Da waren drei steile Berggipfel, die mußten alle drei in einer Linie liegen, dann war man auf dem richtigen Wege, und wenn eine vierte Bergspitze, deren Form sehr auffallend war, in Sicht trat und in einem bestimmten Winkel zu der Linie stand, dann war man so dicht bei der Mine, daß man sie nicht verfehlen konnte. Aber obgleich monatelang gesucht wurde, es wurde weder die Mine noch der Felsensee gefunden. Das war im Jahre 1762.

Diese reiche Mine ist nie aus dem Gedächtnis aller derjenigen entschwunden, die sich für Goldminen interessieren.

Als New Mexiko von den Amerikanern annektiert wurde, machten sich gleich wieder Leute auf, um diese Mine zu suchen. Viele kamen nicht wieder. Und die wiederkamen, waren halb idiotisch von dem vergeblichen Suchen und von Halluzinationen, die sie in dem Herumirren in jenem Felsental gehabt hatten.

Es war dann Mitte der achtziger Jahre, ich glaube, es war 1886, da zogen wieder einmal Leute auf die Suche, eben jene fünfzehn Mann. Sie hatten Abschriften von den alten Berichten und Kopien von den alten spanischen Karten. Das mit den vier Bergspitzen war ja so einfach. Aber sie mochten noch so sehr und noch so genau die Bergspitzen zur Zielrichtung nehmen, von der Mine war nichts zu sehen. Sie gruben und sprengten da und dort, und nicht eine Spur kam auf. Sie arbeiteten in Kolonnen, jede Kolonne zu drei Mann, um große Umkreise abzusuchen. Ihre Lebensmittel wurden immer knapper, aber die Männer gaben nicht auf.

Eines Spätnachmittags bereitete eine Kolonne ihr Abendessen. Das Feuer brannte, aber der Kaffee wollte nicht kochen, weil der Wind zu stark war, der die Kanne kühlte. Deshalb begann einer das Feuer tiefer zu legen. Und als er grub und auf etwa einen und einen halben Fuß war, fand er einen Knochen. Er warf den Knochen beiseite, ohne ihn näher anzusehen, und schob nun das Feuer in das Loch, nachdem er Züge gemacht hatte.

Als die Kolonne dann beim Abendessen saß, nahm einer so beiläufig jenen Knochen in die Hand und malte damit in den Sand.

Da sagte plötzlich sein Nachbar zu ihm: „Lassen Sie mal den Knochen sehen." Und nach einer Weile sagte er: „Das ist der Armknochen eines Menschen. Wo ist denn der Knochen her?"

Der Mann, der das Loch gegraben hatte, sagte nun, daß er beim Graben darauf gestoßen sei und den Knochen aus dem Sand gezogen habe.

„Dann muß da das ganze Skelett liegen, denn wie sollte nur ein einzelner Armknochen gerade hierher kommen?" sagt der Mann nachdenklich.

Es war nun dunkel geworden. Sie hüllten sich in ihre Decken und legten sich schlafen.

Am nächsten Morgen sagte der, der den Armknochen entdeckt hatte, ich will ihn Bill nennen, weil ich seinen Namen nicht weiß, also da sagte Bill: „Da, wo der Armknochen war, muß das Skelett sein. Nun ist mir in der Nacht ein Gedanke gekommen. Ich habe mich gefragt, wie das Skelett hierherkommt."

„Einfach. Jemand erschlagen worden oder verhungert", sagte einer.

„Das ist natürlich möglich", sagte Bill darauf. „Es sind ja viele hier herumgelaufen. Aber ich glaube nicht, daß sie gerade hier erschlagen wurden oder gerade hier verhungerten. Mir ist nun der Gedanke gekommen, daß die Mine durch einen Sandsturm oder durch ein Erdbeben oder durch einen Bergsturz oder so etwas Aehnliches verschüttet worden ist. Und weil von den Spaniern keiner wiederkam, so sind sie dabei mit verschüttet worden. Sie sind in der Nähe der Mine verschüttet worden. Wenngleich dieser Armknochen auch ganz gut jemand gehören kann, der vor uns hier gesucht hat und hier umgekommen ist, so kann es ebensogut möglich sein, daß dieser Armknochen einem der verschütteten Spanier gehörte. Und wenn hier sein Armknochen liegt, dann liegt auch hier dicht dabei sein Skelett. Und wenn wir diesem Skelett nachgehen, kommen wir vielleicht auf die Mine. Ich denke, wir graben einmal hier bei dem Feuerloch."

Sie gruben und fanden auch wirklich die übrigen Teile des Skeletts, Stück bei Stück. Sie gruben im Kreise weiter und fanden ein zweites Skelett. Sie gruben in der Richtung des zweiten Skeletts weiter und kamen auf ein drittes. Und so fanden sie die Richtung, die der Bergsturz oder das Erdbeben genommen hatte. Sie folgten dem Wege und gruben Werkzeuge aus, und endlich stießen sie auf Goldbrocken, die offenbar verstreut worden waren.

„Wir haben die Mine. Was nun?" sagte Bill.

„Wollen die andern herbeirufen", sagte einer.

„Daß du ein Esel bist, habe ich immer gewußt", sagte der Dritte, „aber daß du so ein großes Kind bist, das habe ich nicht gewußt. Wir werden schön brav das Maul halten und nichts sagen. Wir gehen mit den andern zurück in ein paar Tagen. Und nach ein paar Wochen kommen wir drei allein wieder hierher und legen die Mine aus."

Damit waren die drei auch einverstanden. Sie sammelten die paar Goldbrocken zusammen und steckten sie ein, damit sie dafür eine gute Ausrüstung kaufen konnten. Dann schütteten sie alles wieder sorgsam zu.

Ehe sie aber alles zu hatten, kam eine andere Kolonne herbei. Die Männer der andern Kolonne betrachteten sich das Gegrabe mißtrauisch, und dann sagte der eine von ihnen: „He, ihr Burschen, was spielt ihr denn hier? Wollt uns wohl raushalten aus der heiligen Messe."

Die drei bestritten, daß sie etwas gefunden hatten, und daß sie faules Spiel treiben wollten. Es kam zum Zanken. Und als ob die Luft die Reden der ersten Kolonne davongetragen hatte, fanden sich hier in derselben Stunde zwei weitere Kolonnen ein. Die erste Kolonne und die zweite, die die erste überrascht hatte, waren gerade dicht vor dem Augenblick, wo sie bereit waren, sich zu einigen, einen Pakt zu schließen, bei dem die übrigen drei Kolonnen ausgeschaltet werden sollten, als die beiden anderen Kolonnen hier ziemlich gleichzeitig eintrafen.

(Fortsetzung folgt)

Amerikanische Durchdringung der deutschen Wirtschaft

Die Konkurrenz der amerikanischen Industrie tritt immer fühlbarer in Erscheinung. Man wählt nicht nur den Weg der direkten Warenausfuhr, sondern auch den der Ueberfremdung ausländischer Industriewerke. Nach einer authentischen Feststellung sind bereits 30 amerikanische Industriegesellschaften in Deutschland durch Zweigfabriken vertreten. Weitere 29 haben hierzulande Vertriebsorganisationen und gegen 800 deutsche Firmen sind als Agenten amerikanischer Häuser tätig. Das ist eine Entwicklung, wie man sie vor 15 Jahren glatt als unmöglich bezeichnet haben würde. An der Spitze derjenigen Unternehmungen, wo amerikanisches Großkapital eingedrungen ist, steht die Automobilindustrie. Ein beschämendes Zeugnis für ein Land, wo das Automobil erfunden wurde. Der Wegbereiter für eine derartige Ueberfremdung ist die Finanzfrage. Der amerikanische Unternehmer, der nach Deutschland kommt, bringt billiges Geld mit, wodurch er gegenüber seinen deutschen Kollegen gewaltig im Vorteil ist. Immerhin ist es besser, wenn die amerikanischen Unternehmer sich hier mit Zweigfabriken festsetzen, als wenn die von ihnen erzeugten Waren nach hier eingeführt würden. Dennoch ist es ein sehr wesentliches Merkmal der Entwicklung, daß das amerikanische Großkapital immer tiefer in die Wirtschaft der alten Welt eindringt. Die nächste Generation wird sich gegen den amerikanischen Imperialismus zur Wehr zu setzen haben. Denn dieser wird alle früheren Vorstellungen dieser Art übertreffen.

Mieterschutz in Frankreich, England und Oesterreich

Die Wohnbautätigkeit in der Nachkriegszeit hat die Wohnungsnot nur in den seltensten Ausnahmefällen beheben können. In Frankreich konnten die Wiederaufbauarbeiten, die inzwischen abgeschlossen sind, keineswegs die Wohnungssorgen beseitigen und auch das Loucheur-Gesetz, das bekanntlich den Bau von 200,000 Kleinwohnungen und 60,000 mittleren Wohnungen in den nächsten fünf Jahren vorsieht, wird die Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen nicht unnötig machen.

So sieht denn auch ein neues Mietengesetz, das das mit fünfjähriger Geltungsdauer beschlossene Mietengesetz von 1926 ergänzen soll, die Beibehaltung der Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen über 1931 hinaus vor. Bis 1931 dürfen nach dem alten Gesetz die Mieten nur das Doppelte der Friedensmiete betragen, was bei einer Entwertung des Franken auf ein Fünftel seines Friedenswertes außerordentlich gering ist. Von da ab sollen stufenweise die Mieten bis auf 200 Prozent über den Friedenssatz erhöht werden, und zwar alle zwei Jahre um 25 Prozent. Für Wohnungen mit mehr als 12,000 Franken Friedensmiete haben die Mietschutzbestimmungen mit dem 1. Juli 1927 bereits aufgehört, während die Wohnungen mit 9000 Franken Friedensmiete mit dem 1. April 1929 frei wurden. Der Kampf der Hausbesitzerverbände richtet sich ebenso stark gegen das alte wie auch gegen das neue Mietengesetz, weil in Anbetracht der anhaltenden Geldentwertung die vorgesehene Steigerung der Sätze in Wirklichkeit einen ständig sinkenden Ertrag ergebe.

Auch in England ist das Mietenschutzgesetz Jahr für Jahr verlängert worden, da trotz der seit Kriegsende gebauten Million neuer Wohnungen der Wohnungsmangel noch stark fühlbar ist. Im übrigen enthält das englische Mietengesetz die Bestimmung, daß auch nach der Freigabe der Mieten noch weitere fünf Jahre lang eine Kündigungsbeschränkung Geltung haben soll.

In Oesterreich tobt gegenwärtig der Kampf um die Gestaltung des Mieterschutzes mit besonderer Heftigkeit. Das von der Bürgerblockregierung vorgelegte Wohnbauforderungs- und Mietengesetz bedeutet tatsächlich eine Durchlöcherung des bisherigen Mieterschutzes, ohne daß die geplante Wohnbauförderung die Wohnungsnot beseitigen könnte. Vor allem sieht die neue Regierungsvorlage eine Erhöhung der Mieten in Wien auf das 6000fache des Friedensmietsatzes, in der Provinz sogar um das 7000fache vor, während bei den geplanten Neubauwohnungen nach vorgenommenen Kostenberechnungen die Mietsätze mindestens das 12,000fache der Friedensmiete betragen müßten. Es ist zu hoffen, daß die Abwehrmaßnahmen, die die österreichische Arbeiterschaft trifft, diesen Angriff auf den Mieterschutz zu Fall bringen werden.

Die Tariffähigkeit

Wer ist tariffähig? Der Streit um die Tariffähigkeit bestimmter Arbeitnehmerverbände dauert mit unverminderter Heftigkeit an. Das ist kein Wunder, da es sich hierbei um eine Grundfrage des modernen Arbeitsrechts handelt. So verdienen Beachtung die Ausführungen von Dr. Fränkel (Berlin) im Aprilheft der Zeitschrift „Arbeitsrechtspraxis“, der davon ausgeht, daß die Merkmale, die eine Organisation zu einem tariffähigen Verbande machen, aus dem Wesen des Tarifvertrages selbst abgeleitet werden müssen. Der Tarifvertrag will das Uebergewicht des Unternehmers gegenüber dem einzelnen Arbeiter dadurch ausschalten, daß die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr auf der Ebene der individuellen Vereinbarung, sondern im Bereich der kollektiven Regelung durchgeführt wird. Das ist aber nur dann möglich, wenn in der Tat der Arbeitnehmerverband, der der Arbeitgeberseite gegenübersteht, der „soziale Gegenspieler“ ist, der die Gewähr bietet, daß die wirtschaftlichen und sozialen Kräfte des Verbandes uneingeschränkt für die Interessen der Mitglieder in den Kampf eingestellt werden. Die soziale Gegenspielerschaft der tariffähigen Gewerkschaften umfaßt aber in erster Linie die Forderung der Unabhängigkeit von der Arbeitgeberseite, und zwar finanziell, organisatorisch, sozial und geistig. Daß eine finanziell abhängige Organisation, eine gelbe Gewerkschaft, die von der Arbeitgeberseite Unterstützungen bezieht, nicht tariffähig sein kann, ist heute allgemeine Auffassung, die vor allem auch seitens des Reichsarbeitsgerichts geteilt wird. Zur finanziellen Unabhängigkeit muß jedoch die organisatorische hinzutreten, d. h. die Willensbildung des Verbandes darf durch keine anderen Personen als die im Verband zusammengeschlossenen Arbeitnehmer bestimmt werden. Das schließt aus die Mitgliedschaft von Arbeitgebern, aber auch die Zugehörigkeit zu einer Dachorganisation, die ihrerseits nicht nur aus Arbeitnehmern zusammengesetzt ist, gleichgültig, ob letztere dort die Mehrheit haben oder nicht, gleichgültig, ob auch nur ein einziger Arbeitgeber in ihr vertreten ist. Mit der organisatorischen Unabhängigkeit ist eng verwandt die soziale Unabhängigkeit, an der es regelmäßig bei den Werkvereinen fehlt. Die soziale Abhängigkeit vom Arbeitgeber ist hier darin zu erblicken, daß überall da, wo ein Arbeitnehmerverband sich nur auf einen Betrieb erstreckt, es der Arbeitgeber in der Hand hat, durch Maßregelung oder Entlassung der Führer den Verband kampfunfähig zu machen oder aber durch Aussperrung ihn überhaupt in die Luft fliegen zu lassen. Das letzte und hervorragendste Merkmal der Tariffähigkeit, die geistige Unabhängigkeit, fehlt bei den sogenannten wirtschaftsfriedlichen Verbänden, die darum ebenfalls nicht als tariffähige Organisationen bezeichnet werden können. Der Standpunkt des Reichsarbeitsgerichts, daß die Anerkennung des geltenden Tarifrechts und die Bereitschaft beim Abschluß von Tarifverträgen mitzuwirken, eine Arbeitnehmerorganisation in dieser Beziehung tariffähig mache, ist keineswegs erschöpfend. Die freiwillige Selbstbeschränkung, die sich die wirtschaftlichen Verbände, vor allem durch Verzicht auf den Streik, auferlegen, beeinträchtigt ihre Fähigkeit, als sozial ebenbürtige Kontrahenten aufzutreten, da in der sozialen Ebenbürtigkeit die soziale Kampffähigkeit und Kampfbereitschaft enthalten ist. Organisationen, die ideologisch durch den Gedanken der Wirtschaftsfriedlichkeit bestimmt werden, ermangeln jener geistigen Unabhängigkeit, die Voraussetzung für die Tariffähigkeit zu sein hat. Erst die Vereinigung der finanziellen, organisatorischen, sozialen und geistigen Unabhängigkeit miteinander vermag Aufschluß zu geben, welche Arbeitnehmervereinigung als tariffähig anzusprechen ist.

Gliederung und Vermögen der deutschen Industrieunternehmungen

Zur Aufbringung und Flüssigmachung der den deutschen Unternehmungen nach dem Dawesplan auferlegten Reparationsverpflichtungen in Höhe von 5 Milliarden Mark jährlich wurde die Bank für deutsche Industrieobligationen errichtet. Der jetzt erschienene Jahresbericht dieser Bank ist nach verschiedenen Richtungen sehr aufschlußreich. Was uns besonders interessiert, ist das beigegebene Material über die Größenordnung und die Größengliederung der industriellen und gewerblichen Betriebe Deutschlands.

An den jeweils fälligen Jahresleistungen in Höhe von 300 Millionen G.M. beteiligt, d. h. aufbringungspflichtig, sind alle Unternehmungen industrieller und gewerblicher Betriebe mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft sowie der Gärtnerei, soweit ihr Betriebsvermögen 20,000 G.M. übersteigt. Belastet sind jedoch nur Unternehmungen mit über 50,000 G.M. Betriebsvermögen. Zu diesem Kreis von Unternehmungen gehören nicht: Banken, Verkehrsgewerbe, Handel, Versicherungsunternehmungen, Gast- und Beherbergungsgewerbe. Belastet sind also fast alle industriellen und gewerblichen Betriebe, weshalb die Zusammenstellungen über die Größe und Gliederung der Betriebe den gesamten Produktionsapparat von Deutschland widerspiegeln. Ueber die Rechtsform der Unternehmungen gibt folgende Tabelle Aufschluß:

	Aufbringung 1926 (Stichtag 1. Januar 1925)		Aufbringung 1928 (Stichtag 1. Januar 1927)	
	Anzahl	Gesamtbetriebsvermögen in Tausend RM	Anzahl	Gesamtbetriebsvermögen in Tausend RM
Aktien-Gesellschaft. u. Kommandit-Ges. auf Aktien	9,384	18,077,524	8,728	19,323,105
Gesellschaften mit beschr. Haftung	15,738	4,473,526	15,831	4,486,199
Offene Handelsgesellschaften	30,406	5,691,105	29,606	5,517,618
Kommandit-Gesellschaften	2,734	1,095,441	2,732	1,070,045
Alleinunternehmer	120,389	8,901,078	119,612	8,517,038
Sonstige	3,659	1,082,723	4,099	947,532
Kommunal-, Länder- u. Reichsbetriebe	5,223	2,275,845	5,378	2,478,876
	187,533	41,597,242	185,986	42,349,413

Selbst in dem verhältnismäßig kurzen Zeitraum von zwei Jahren ist die Zusammensetzung der herangezogenen Unternehmungen nicht unwesentlichen Veränderungen unterworfen gewesen. Das liegt z. T. daran, weil nicht mehr die Gesellschafter, sondern die offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften selbst herangezogen wurden. Auch dauernde Beteiligungen von über 25 v. H. sind von der Belastung befreit. Daneben haben auch Fusionen, Betriebsauflösungen usw. auf die anders geartete Zusammensetzung der einzelnen Betriebsgruppen eingewirkt. Wie obige Zusammenstellung zeigt, ist die Zahl der Aktiengesellschaften gesunken, aber das Gesamtbetriebsvermögen derselben gestiegen. Das Bild über die Größenordnung und die Größengliederung der industriellen und gewerblichen Betriebe sieht folgendermaßen aus:

Betriebsvermögensgruppe in 1000 RM	Aufbringung 1926 (Stichtag 1. Januar 1925)		Aufbringung 1928 (Stichtag 1. Januar 1927)	
	Anzahl	Gesamtbetriebsvermögen in Tausend RM	Anzahl	Gesamtbetriebsvermögen in Tausend RM
20— 50	105,561	3,249,034	105,390	3,235,127
50— 100	36,690	2,588,790	36,432	2,569,967
100— 200	20,613	2,890,107	20,038	2,813,455
200— 300	7,521	1,842,290	7,279	1,783,342
300— 400	4,048	1,402,717	3,937	1,362,207
400— 500	2,506	1,120,680	2,514	1,117,814
500— 1,000	5,316	3,712,538	5,175	3,624,418
1,000— 5,000	4,378	8,751,346	4,318	8,711,464
5,000— 10,000	502	3,449,324	496	3,423,142
10,000— 20,000	232	3,186,833	229	3,120,678
20,000— 50,000	116	3,630,853	123	3,751,507
50,000—100,000	30	2,086,028	35	2,307,917
über 100,000	17	3,686,702	20	4,528,373
	187,533	41,597,242	185,986	42,349,413

Diese Zusammenstellung zeigt, daß die Zahl der Betriebe bei den Kleinunternehmungen naturgemäß am größten ist, und das Vermögen am geringsten. 141,822 Betriebe mit einem Vermögen bis 100,000 Mark sind mit einem Gesamtvermögen von 5,8 Milld. Mark vertreten. Die Betriebsgruppen bis zu einem Vermögen von einer Million umfassen 180,165 Betriebe mit einem Gesamtvermögen von 16,5 Milld. Mark. Dagegen verfügen 5821 Betriebe über ein Gesamtvermögen von 25,8 Milld. Mark. Hier in der letzten Gruppe ruht das Schwergewicht der deutschen Unternehmungen. Am stärksten vertreten ist hier die Gruppe mit einem jeweiligen Vermögen von 1 bis 5 Mill. Mark. Im übrigen spricht das oben wiedergegebene Material für sich selbst. Ein deutlicher Anschauungsunterricht für die Zusammensetzung gewerblicher Unternehmungen und den Ausbau des Produktionsapparats in Deutschland.

Gewerkschafter in der Regierung Mac Donald

(J.G.B.) Die britische Gewerkschaftsbewegung ist in der Arbeiterregierung Mac Donalds gleichstark vertreten wie im Unterhaus. In der Arbeiterregierung des Jahres 1924 bewiesen die Vertreter der Gewerkschaften ihre Fähigkeiten in der Leitung der verschiedensten Regierungsposten. Der neue Ministerpräsident hat sich deshalb auch bei der jetzigen Regierungsbildung wieder an eine ganze Reihe von Gewerkschaftern gewandt:

J. H. Thomas, ehemaliger Vorsitzender des Internationalen Gewerkschaftsbundes und politischer Sekretär des Britischen Eisenbahnerverbandes, hat das schwierige Amt eines Ministers zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit übernommen. Margaret Bondfield, die der erste weibliche Funktionär des Nationalverbandes der ungelernten und Gemeindearbeiter ist und bereits einmal — als erste Frau — dem Generalrat des Britischen Gewerkschaftsbundes präsidierte, leitet das Arbeitsministerium. J. R. Clynes, Vorsitzender des Nationalverbandes der ungelernten und Gemeindearbeiter, ist zum Innenminister ernannt worden. Tom Shaw, Sekretär der Textilarbeiter Internationale und Arbeitsminister in der letzten Arbeiterregierung, bekleidet den Posten des Kriegsministers. W. Adamson, der während 27 Jahren als Bergarbeiter wirksam war, ist zum Staatssekretär für Schottland ernannt worden. Arthur Henderson, der allerdings zur Zeit nicht mehr aktiv in der Gewerkschaftsbewegung steht, war früher ebenfalls Gewerkschaftsbeamter und ist heute noch Ehrenvorsitzender des Nationalverbandes der Gießereiarbeiter. Pensionsminister F. O. Roberts war während vielen Jahren Gewerkschaftsbeamter des Typographenverbandes.

Protest gegen den Terror in Litauen

(J.G.B.) Die Arbeitergruppe der 12. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, der von den Arbeiterdelegierten Lettlands und Estlands die Verfolgungen mitgeteilt wurden, denen in Litauen die Gewerkschaftsführer, die Arbeiter und Studenten, die sich nicht unter das Joch der Diktatur von Woldemaras beugen wollen, ausgesetzt sind, hat nach Anhörung des Arbeiterdelegierten Litauens, der die vorgebrachten Tatsachen nicht leugnen konnte, beschlossen, gegen die ungerechtfertigten Verhaftungen, die Schließung der Geschäftsstellen der Gewerkschaften und die Verletzungen der Gewerkschaftsfreiheit, die ohne Unterschied gegen die freien und christlichen Gewerkschaften jeden Tag von neuem begangen werden, ihren lebhaftesten Protest einzulegen. Die Arbeitergruppe fordert mit aller Energie, daß ein derartiger Zustand beendet wird, und daß das Leben und die Freiheit aller in Litauen geachtet wird, wenn dieses Land als zivilisiert angesehen werden will. Sie erklärt ihre Solidarität mit den in Litauen Verfolgten und wird ihren Protest bis zu dem Augenblick laut werden lassen, in dem die Herrschaft der Ungerechtigkeit und Brutalität in Litauen beendet sein wird.

Der Kampf um die Herabsetzung der Steuern

Da die Reparationsverpflichtungen ermäßigt sind, liegt eine Steuerermäßigung im Bereiche der Möglichkeit. Verschiedene Arbeitgeberorganisationen fordern deshalb sehr deutlich, daß die Summen, die gegenüber dem bisherigen Zahlungsplan wegfallen, in vollem Umfange zur Steuersenkung verwandt werden. So heißt es z. B. in dem Wirtschaftsbericht des Vereins deutscher Maschinenbau-Anstalten: „Nachdem nun die Höhe und Art unserer Verpflichtungen bekannt sind, müssen unverzüglich und in durchgreifender Weise alle die Maßnahmen ins Werk gesetzt werden, die zur Verminderung der viel zu hohen öffentlichen Lasten längst als notwendig erkannt worden sind.“

Auch die Arbeiter und ihre Organisationen müssen sich langsam auf den kommenden Steuerkampf einstellen. Wenn schon die Lasten ermäßigt werden sollen, dann muß dies zum mindesten gleichmäßig geschehen. Deshalb muß der Kampf um die Steuerbelastung eine einheitliche Arbeiterfront vorfinden.

Schwindler am Werk

Achtung! Versicherte der Volksfürsorge!

Aus verschiedenen Landesteilen wird neuerdings gemeldet, daß Schwindler unter Angabe falscher Namen versuchen, Prämiengelder von den Versicherten der Volksfürsorge zu erheben. Wir machen die Versicherten in ihrem eigenen Interesse ausdrücklich darauf aufmerksam, daß zur Empfangnahme von Prämien nur Beauftragte der zuständigen Rechnungsstellen der Volksfürsorge berechtigt sind, sofern sie die für jeden einzelnen Versicherten besonders ausgestellte Prämienkarte, die die Versicherungsnummer und den Namen des Versicherten trägt, in Händen haben. Als Quittung für die laufende Prämie dient in jedem Falle eine vorgedruckte Quittungsmarke für den Zeitabschnitt, für den die Prämie entrichtet wurde. Andere Quittungen, insbesondere handschriftlich ausgestellte, sind ungültig. Ist der zuständige Einkassierer nicht im Besitze der ordnungsgemäßen Prämienquittung, dann sind die Prämien auf den Rechnungsstellenbüros der Volksfürsorge zu zahlen oder auf das Postscheckkonto des Unternehmens zu überweisen.

Literatur

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Straße 137. Auch die Juni-Nummer dieser lesenswerten Zeitschrift bringt wiederum eine Reihe interessanter Abhandlungen, und zwar: Dr. Sophia Kolmella-Schiller „Säuglings- und Kleinkinderpflege“; G. Frost „Milchgenuß und Säuglingssterblichkeit“; Dr. Charlotte Aschocke „Das heranwachsende Kind“; Dr. H. Bernhard „Fliegenplage — Kinderplage“; Dr. Graetzer (Berlin) „Ist Rohkost gefährlich?“; Dr. Rink (Berlin) „Der lästige Blinddarm“; San.-Rat Dr. Graetzer (Berlin-Friedenau) „Leisten- und Schenkelbrüche“; Dr. Martha Bode (Berlin) „Die neuesten die Frauen besonders betreffenden Sozialgesetze“ (Fortsetzung) u. a. m. Die Zeitschrift wird an den Schaltern der Krankenkassen den Versicherten unentgeltlich ausgehändigt.

„Gesundheitsfürsorge in der versicherten Bevölkerung.“ Herausgegeben von Helmut Lehmann, geschäftsführender Vorsitzender des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen — Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen m. b. H., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Preis 1 R.M. Der Bezug kann jedem, der mit den Fragen der Gesundheitsfürsorge in Berührung steht, dringend empfohlen werden.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes

Vom 23. bis 29. Juni ist der 26. Beitrag fällig.

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei G. m. b. H., Nürnberg. Redaktion: Otto Treilich. — Verlag: Zentralverband der Schuhmacher (J. Simon, Nürnberg).

Anzeigen

Sie suchen Qualitätswerkzeuge

In meinem neuesten Werkzeug-Katalog, 64 Seiten stark, mit über 400 Abbildungen, finden Sie alles an Werkzeugen und Kleinmaschinen, die heute für jeden fortschrittlichen Schuhmacher unentbehrlich sind. Der Versand des Kataloges erfolgt nur gegen Voreinsendung von RM —.50 in Briefmarken. Bei Bestellung in Höhe von RM 15.— wird dieser Betrag zurückvergütet.

E. Vögtle, Berlin N. 54, Linienstraße 41

Das Haus der Qualitätswerkzeuge!

Wohnhaus

passend für Schuhmacher,
zu verkaufen. Anz. 4500 RM
M. Scheibe, Weißenfels a. S.
Naumburger Straße 40

Versichert euch nur bei der

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich genossenschaftl. Versicherungs-Aktiengesellschaft

Wie werde ich Modelleur?

Dieses Ziel erreichen Sie am besten durch den Besuch der bekannten Spezial-Modellfachschule

J. Kröner, Bamberg (Bayern)

Gründliche praktische Ausbildung von Berufsmodelleuren der Schuh- und Schaftefabrikation. Drei Modellgradiermaschinen verschiedener Systeme, sowie sämtliche Maschinen, die zum Modellfach gehören, sind vorhanden. Eintritt jeden 1. und 15. des Monats

Prima Referenzen . Prospekt gratis

Bei Anfragen Rückporto beifügen

Keine Massenausbildung